DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte
Publikationsorgan der I. V. S. Ä.
Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VII. Jahrgang | Berlin, August/September 1931 | Nummer 8/9

Inhalt:

DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte
Publikationsorgan der I. V. S. Ä.
Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VII. Jahrgang | Berlin, August/September 1931 | Nummer 8/9

Ignaz Zadek



Am 17. Juli starb im 73. Lebensjahre in Berlin unser Genosse Dr. Ignaz Zadek nach langer, qualvoller Krankheit, die, wie er vor kurzem schrieb, nur die hingebungsvolle Pflege seiner Frau erträglich machte. Bis an sein Lebensende hat er der Sozialdemokratischen Partei, der er seit ihren Anfängen angehörte, unverbrüchliche Treue bewahrt. Wir sozialistischen Aerzte verlieren in ihm unseren hervorragendsten Führer und Berater; der Schreiber dieser Zeilen betrauert seinen verehrten Lehrer und geliebten Feund. Zur Zeit des Sozialistengesetzes, da politische Tätigkeit im Dienste des Sozialismus mit Gefahr für Existenz und mit Aechtung durch die bürgerliche Gesellschaft verbunden war, bekannte sich Zadek als Student und später als einer der allerersten Aerzte zur Sozialdemokratischen Partei. Mit jugendlichem Ungestüm und voll Empörung über die Ungerechtigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung trat er für die Sache der Unterdrückten ein und war bald der Abgott der Arbeiterschaft des Berliner Ostens. Schon im

Jahre 1892 sandte die Sozialdemokratische Partei den jungen Kämpfer in das Stadtparlament, dem er mit kurzen Unterbrechungen mehrere Jahrzehnte angehörte. Man muß sich an die 90er Jahre zurückerinnern, in denen die sogenannte Freisinnige Partei das rote Haus beherrschte, um die schwere Arbeit zu verstehen, die damals die Pioniere des sozialistischen Gedankens leisteten. Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden, weil von ihr gestellt, grundsätzlich abgelehnt, selbst wenn sie keine sozialistische Forderung enthielten. Sogar eine Magistratsvorlage, Brausebäder in den Gemeindeschulen einzurichten, konnte im Jahre 1886 als „sozialistische Forderung" abgewiesen werden. Vergeblich forderte Zadek 1893 die Errichtung eines städtischen Gesundheitsamts, sein im Jahre 1897 erneuter Antrag wurde trotz des Eintretens Virchows von den Freisinnigen abermals abgelehnt. Unter solchen Umständen war die Tätigkeit im Stadthause eine überaus anstrengende und unerquickliche, bis es nach vielen Jahren der wachsenden Zahl sozialdemokratischer Vertreter gelang, die heute selbstverständlichen Forderungen Zadeks auf dem Gebiete der Städtehygiene durchzusetzen.

Mehr noch als durch politische Tätigkeit wußte Zadek durch seine faszinierende Persönlichkeit der Sache, der er mit Aufopferung persönlicher Interessen diente, Freunde zu erwerben. Wir Studenten und jüngeren Aerzte seines Kreises hingen an ihm mit unserer ganzen Liebe und waren jederzeit bereit, ihm nachzufolgen. Er wirkte auf uns nicht durch Worte, sondern durch sein Wesen und seine innere Ueberzeugungskraft. In seinem Hause versammelte er einen großen Kreis hervorragender Sozialisten, von denen ich nur wenige nennen will, August Bebel, Kautsky, Singer, Zadeks Schwester Gine Schattner, spätere Gattin Eduard Bernsteins, der damals im Exil lebte, vor allem seinen geistvollen Freund Alfred Blaschko, den Begründer der Gesellschaft für Geschlechtskrankheiten.

Trotz angestrengter ärztlicher und politischer Arbeit fand er Zeit und Kraft zu wissenschaftlicher Betätigung auf sozialhygienischem Gebiete. Seine Abhandlungen im Handbuch für Hygiene von Weyl, wie in dessen Handbuch der Arbeiterkrankheiten waren mustergültig. Die Schaffung einer Arbeitergesundheitsbibliothek erwies ihre hohe Bedeutung für die Aufklärung der Arbeiterschaft über zahlreiche Fragen der Hygiene. Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten wurde von Zadek gemeinsam mit Blaschko durch belehrende Broschürenliteratur geführt. Sein Verdienst war es, zu einer Zeit, da es noch aufreizend empfunden wurde, durch Wort und Schrift auch in ärztlichen wissenschaftlichen Vereinen auf die sozialen Ursachen der Entstehung und Verbreitung von Krankheiten hinzuweisen.

Die Gründung einer Arbeitersanitätskommission, an der sich auch unsere Freunde Johannes Timm, Paul Kampffmeyer und vor

allem Adolph Braun beteiligt hatten, war wegweisend für die spätere Tätigkeit der Wohnungs- und Gewerbeinspektion.

So sehen wir einen Menschen von uns scheiden, der ein Stück Zeitgeschichte repräsentiert, zu deren Gestaltung er mitberufen war. Zeitgeschichte, die heute verdunkelt vor uns liegt, die unterbrochen scheint durch die Verwirrung der Gegenwart, die sich erhellen wird, wenn neue Menschen erstehen von der Tatkraft, dem Gerechtigkeitssinn, der Unbestechlichkeit und der Hilfsbereitschaft Ignaz Zadeks. M. Epstein-München.

Ignaz Zadek, der Führer der sozialistischen Ärzte

Der Tod von Ignaz Zadek hat in der Partei- und Gewerkschaftspresse ebenso wie in Kollegenkreisen ein schmerzliches Echo gefunden. In den Nachrufen gedenken Kollegen, Freunde und Mitstreiter des überzeugten Sozialisten, der bereits in der heroischen Epoche, während des Sozialistengesetzes, fest mit der proletarischen Bewegung verbunden war, und des Arztes, der sein reiches Wissen in den Dienst der Arbeiterklasse stellte. Doppelt schwer empfindet der Verein Sozialistischer Aerzte den Verlust seines Mitbegründers und langjährigen Führers.

Als im Jahre 1913 eine kleine Zahl von Kollegen den Zusammenschluß der sozialistischen Aerzte vollzog, war es beinahe selbstverständlich, daß Zadek, der kenntnisreiche und fähige Vorkämpfer an die Spitze der jungen sozialistischen Aerztebewegung gestellt wurde. Seit vielen Jahren hatte er bereits unter den schwierigsten Verhältnissen für unsere Ideen gewirkt, auf den verschiedensten Gebieten war er publizistisch hervorgetreten. Unter seiner Leitung leistete der VSAe. bis zur Schwelle des Krieges manche fruchtbare Arbeit. Im Kriege schloß Zadek sich, wie zahlreiche VSAe-Mitglieder, der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei" an. Mit der Tapferkeit und Unerschrockenheit, die ihn auszeichneten, wirkte er während der Revolutionszeit. Wir sehen ihn noch vor uns, wie er in einer Riesenärzteversammlung im „Rheingold" den bürgerlichen Aerzten ihr Sündenregister vorhielt. Trotz des Entrüstungssturmes der Freisinnsgrößen, mit deren reaktionärer Gesinnung Zadek lange im Rathaus zu kämpfen hatte, und der alldeutschen Maulhelden, die sich heute in der national„sozialistischen" Aerztevereinigung zusammengeschlossen haben! Mit guten Argumenten warf er ihnen vor, wie sie mit einer unverantwortlichen Teilnahmslosigkeit der modernen Arbeiterbewegung gegenübergestanden hätten, wie sich bei ihnen ein Standesdünkel in Reinkultur entwickelt habe. Alle wichtigen gesundheitlichen

Probleme betrachte der große Teil der Aerzteschaft vom egoistisch materiellen Standpunkt. Fast jeder Satz würde von Lärm und Zwischenrufen begleitet.

Bis in die letzten Monate wirkte er in der Berliner Aerztekammer, in die ihn der VSAe. als Spitzenvertreter entsandt hat. Hier sah er eine günstige Gelegenheit, um auf breiter Basis Propaganda innerhalb der Aerzteschaft zu treiben. Soweit es auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt möglich ist, wollte er die Arbeit der Kammer im Sinne unserer sozialistischen Forderungen beeinflussen. Gerade weil er als ein wirklicher Anwalt der Armen in seiner Praxis und in seinem Wirken alltäglich so erschütternde Einblicke in die sozialen Verhältnisse des Proletariats erhielt, kämpfte er in Wort und Schrift so entschlossen für die Verwirklichung der Forderungen der sozialen Hygiene. „Der Sozialistische Arzt" verdankt ihm eine ganze Anzahl von Beiträgen, die stets die Beachtung der Kollegen und der Oeffentlichkeit fanden.

An fast allen wichtigen Tagungen und Konferenzen des VSAe. nahm Zadek tätigen Anteil. Auf unserer großen Reichstagung in Dresden, die sich vor allem mit der Schaffung eines sozialistischen Gesundheitsprogramms beschäftigte, hielt er ein grundsätzliches Referat, das im „Sozialistischen Arzt" abgedruckt ist. Seine Krankheit hinderte ihn, nach Karlsbad zu unserer ersten Internationalen Tagung zu reisen. Mit Freuden sah er, wie aus der ganz kleinen Schar sozialistischer Kollegen immer mehr erstarkende Organisationen in den verschiedenen Ländern wurden. Mit gleichem Interesse verfolgte er die im Vorjahre erfolgte Gründung der freigewerkschaftlichen Aerzteschaft in der Reichssektion Gesundheitswesen, der er sich sofort anschloß.

Vor allem werden wir dem toten Freunde nicht vergessen, daß er dem VSAe. auch in schwierigen Momenten die Treue bewahrte. Als einige seiner engsten Genossen im Jahre 1924 glaubten, die einmütige Zusammenarbeit aller sozialistischen Aerzte ohne Unterschied der Parteirichtung aufgeben zu müssen, hielt Zadek an unserer Seite allen Lockungen zum Trotz an der einheitlichen Bewegung zu dem einheitlichen Ziel fest.

In Dankbarkeit gedenkt der VSAe. und darüber hinaus das Proletariat der hingebungsvollen Arbeit, die dieser Pionier unserer Ideen ein Menschenalter hindurch geleistet hat. Nüchtern mag es klingen, wenn wir angesichts des großen Verlustes zusammenfassend unseren Kollegen und Genossen zurufen: An die Arbeit! Aber wir ehren das Andenken an Ignaz Zadek am würdigsten, wenn wir in seinem Geiste unsere Arbeit fortsetzen.

Ewald Fabian.

Publikationen von I. Zadek.

„Neue Zeit“ — 1892:
Die Cholera.

„Hygienische Rundschau“ — 1895:
Die Uebertragung ansteckender Krankheiten durch die Schule.

Kongreß für Hygiene und Demographie — 1895 — Budapest:
Die Arbeiterversicherung, eine sozial-hygienische Kritik.

„Sozialistische Monatshefte“:
1. Sozialdemokratie und Naturheilkunde. — 1898.
2. Arbeiterinnenschutz. — 1901.
3. Krankenkassen und Aerzte. — 1909.
4. Trinkerbehandlung und Delirium. — 1912.

„Am Anfang des Jahrhunderts“, Heft 10 — 1902:
Die Medizin im 19. Jahrhundert.

„Medicinische Reform“ — 1905:
Braucht die Berliner medicinische Gesellschaft ein Maulkorbgesetz?

„Handbuch der Arbeiterkrankheiten“ — 1907:
Die Krankheiten der Metallarbeiter.

„Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ — 1907—11:
1. Der Achtstundentag.
2. Frauenleiden und deren Verhütung.
3. Die Proletarierkrankheit (auch Tuberkulose überschrieben).

„Sexual-Probleme“ — 1908:
Dem Wohle der Jugend.

„Vorwärts“-Verlag — 1911:
Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf.

„Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ — 1909:
Hygiene der Städte: Die Trinkwasserversorgung.

„Offenbacher Abendblatt“ — 1909:
Der Fluch der Arbeit?

„Arbeiterrechtsbeilage des Correspondenzblattes“ — 1913: Medizin und Arbeiterversicherung.

„Berliner Klinische Wochenschrift“ — 1916:
Alkoholismus und Tuberkulose.
Nil nocere! Zur Grippebehandlung. — 1919.

„Weyls Handbuch der Hygiene“ — 7. Band:
Hygiene der Müller, Bäcker und Konditoren.

„Zeitschrift für Soziale Hygiene“ — 1921:
Sozialisierung im Heil- und Gesundheitswesen.

„Freiheit“, Berliner Organ der USPD, Nr. 94 — 1919:
Gesundheitliche Forderungen an die Kommune.

„New-Yorker Volkszeitung“ — 1923:
1. Makrobiotik.
2. 33 Jahre Influenza und kein Ende.

„Der Sozialistische Arzt“ — 1925—1930.
I. Jahrgang, Nr. 2/3: Zur Ambulatoriumsfrage.
III. Jahrgang, Nr. 1/2: Zur Aerztekammerwahl.
III. Jahrgang, Nr. 3: Aerzte und Krankenkassen.
IV. Jahrgang, Nr. 1/2: Zum Programm des Vereins Sozialistischer Aerzte.
V. Jahrgang, Nr. 1: Haushaltsberatung in der Berliner Aerztekammer. Ein kritischer Rückblick.
V. Jahrgang, Nr. 3: Die Aerztetagung in Essen. Eine kritische Nachlese.

Aus den Schriften von I. Zadek:

1911. Der Achtstundentag — eine gesundheitliche Forderung:

. . . Noch lauter als bisher müssen die Arbeiter ihre Stimme erheben, noch kräftiger ihre Organisationen entwickeln, um den Kapitalisten die Verkürzung der Arbeitszeit abzutrotzen . . . Indem sie es durchsetzen, daß der unnatürlichen Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft eine Schranke gesetzt wird, schaffen sie nicht nur Arbeitsgelegenheit für Tausende, die gezwungen feiern, tragen sie nicht nur bei zu einer höheren Entwicklung von Technik, Industrie und Kultur, die kurze, intensive Arbeit an Stelle überlebter Betriebsformen setzt, sondern wirken sie vor allem auch für den gesundheitlichen Fortschritt des Menschengeschlechts: sie verlängern ihr Leben und die Zeit ihrer Arbeitsfähigkeit, sie verbessern die Existenzbedingungen ihrer Frauen und Kinder, sie arbeiten ganz wesentlich mit an der Vervollkommnung der menschlichen Rasse.

Denn die gesundheitlichen Schädigungen langer Arbeitszeit beschränken sich nicht auf den einzelnen, sondern treffen weit darüber hinaus die Allgemeinheit:

indem lange Arbeitszeit bei der erwerbstätigen Mutter die Säugung und Pflege des Kindes erschwert oder ganz unmöglich macht, bedingt sie mit die enorme Säuglingssterblichkeit in der Arbeiterklasse und vernichtet sie ungezählte Tausende kräftigster Menschenkeime;

indem lange Arbeitszeit bei den jugendlichen Arbeitern die gesunde Entwicklung beider Geschlechter hemmt, den Ernährungszustand verschlechtert, die Widerstandsfähigkeit gegenüber gewerblichen Giften und Krankheiten untergräbt, trägt sie zur Ausbreitung der großen Volkskrankheiten bei;

indem die Ueberarbeit zu nervöser Erschöpfung und seelischer Verstimmung, zum Stumpfsinn, zum Alkoholismus und zur Ausbreitung der Nerven- und Geisteskrankheiten führt, hat sie in ihrem Gefolge Unfruchtbarkeit und Entstehung minderwertiger Nachkommen, eine fortschreitende Verkümmerung der menschlichen Rasse . . .

1895. Die Arbeiterversicherung, eine sozialhygienische Kritik:

. . . Auch wenn der Achtstundentag erkämpft ist — und Pflicht der Aerzte vor allem ist es, Schulter an Schulter neben den Arbeitern für ihn einzutreten —, wird freilich Arbeitslosigkeit und Massenelend nicht verschwinden, wird das Recht auf Arbeit in dem Sinn, daß jeder, der arbeitskräftig ist, auch wirklich seinen Kräften angemessene Beschäftigung findet, nicht verwirklicht werden. Die der kapitalistischen Warenproduktion immanenten Gesetze, die noch rapider fortschreitende Technik werden auch diesen Kulturfortschritt in seinem Effekt nur zu bald ausgeglichen haben.

Erst mit der Lohnarbeit selbst, mit der Ablösung der ungeregelten kapitalistischen durch die planmäßige kollektivistische Produktionsweise werden die Schäden dieser Wirtschaftsform, werden Unterkonsumption und Ueberproduktion mit ihren Folgen verschwinden.

Dann erst wird die Zeit für die großen hygienischen Aufgaben gekommen sein, für Vermeidung aller überhaupt vermeidbaren Krankheit und Invalidität . . . Dann erst wird auch die Zeit gekommen sein, wo die Hygiene und ihre berufenen Vertreter, die Aerzte, den ihnen gebührenden Platz in der Gesellschaft einnehmen, wo der leidige Konflikt zwischen dem materiellen Interesse des Arztes und dem idealen des Hygienikers aus der Welt geschafft ist.

Aber auch für die Gegenwart ist der Standpunkt des Hygienikers fest gegeben. Unentgeltlichkeit der gesamten Krankenpflege, bei Verlegung des Schwerpunktes der Behandlung in Heilanstalten und Sanatorien, ausreichende staatliche Fürsorge für alle Erwerbsunfähigen und deren Hinterbliebene, Unterstützung, evtl. Beschäftigung der Arbeitslosen durch Stadt und Staat, gesetzliches Verbot der Kinder- und Beschränkung der Frauenarbeit, gesetzlicher Achtstundentag und 36stündige Sonntagsruhe für alle Arbeiter, strenge Fabrikaufsicht durch hygienisch vorgebildete, unabhängige Beamte, mit Einbeziehung von Handwerk und Hausindustrie — diese nächsten Ziele der modernen Arbeiterbewegung, sie sind gleichfalls Forderungen der Hygiene . . .

1913: Hygiene der Müller, Bäcker und Konditoren:

. . . Wie überall, bedeutet auch in der Bäckerei der Großbetrieb hygienisch ebenso wie ökonomisch einen Fortschritt gegenüber dem Kleinbetrieb. Aber diese Entwicklung ist erst im Gange und erstreckt sich in erster Linie auf die Schwarzbrotbäckerei, während die Weißbrotbäckerei noch zumeist den kleinen und kleinsten Betrieben überlassen bleibt. Bei der Zähigkeit, mit welcher sich der Kleinbetrieb in der Bäckerei erhält, kann sich der Gewerbehygieniker nicht mit der Aussicht auf jene ferne Zukunft begnügen; er muß verlangen, daß in der Gegenwart Abhilfe geschaffen wird. Gesetzlicher Maximalarbeitstag und Verbot der Nachtarbeit, insbesondere für Lehrlinge, gesetzliche Einführung der Sonntagsruhe bzw. Festlegung eines 36stündigen Ruhetages in der Woche, gesetzliche Mindestforderungen an Lage und Einrichtung, an Luftkubus und Beleuchtung, an Reinigung und Lüftung der Arbeits- und Schlafräume, endlich die ständige strenge Kontrolle dieser Vorschriften durch besondere Aufsichtsbeamte und Aerzte müssen schon heute die kultur- und gesundheitswidrigen Zustände in Bäckereien und Konditoreien beseitigen . . .

1901: Arbeiterinnenschutz:

... Aufgabe von Gemeinde und Staat wäre es, hier zugunsten der kommenden Generation einzugreifen und durch Ersatz des Lohnausfalls, Errichtung von Schwangeren- und Säuglingsasylen, Prämien für stillende Mütter und ähnliches die enorme Säuglingssterblichkeit herabzudrücken. Staats- und Gemeindebetriebe müssen den von ihnen beschäftigten Arbeiterinnen während der letzten Schwangerschaftsmonate wie während der Säugezeit den Lohn weiterzahlen, wie das bereits in den österreichischen Tabaktrafiken 6 Wochen lang nach der Entbindung und in der Fabrik von Dolfuß 6 Wochen lang vor und nach der Entbindung geschieht. Auch der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, ob nicht durch eine Weiterentwicklung unserer staatlichen Versicherungsgesetzgebung ein Rechtsanspruch für die Zeit der Mutterschaft zu begründen wäre.

Es wird gegen diesen weitgehenden Schutz der Arbeiterin während der Mutterschaft eingewandt werden, daß das Zukunftsmusik sei und erst in der sozialistischen Gesellschaft zu realisieren, daß derselbe in der Gegenwart nichts anderes bedeute, als die Frau wieder aus der Fabrik vertreiben und zur Heimarbeit verurteilen; kein Arbeitgeber werde sich diese häufigen und langdauernden Unterbrechungen gefallen lassen usw. Dieser und ähnliche Einwände lassen sich gegen jeden besonderen Arbeiterinnenschutz erheben und sind noch jedesmal von den Unternehmern erhoben worden, wenn es sich um das Verbot bestimmter Arbeiten oder der Nacht- oder Sonntagsarbeit oder um einen Maximalarbeitstag für Frauen handelte, und doch hat die tatsächliche Durchführung eines besonderen gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes in allen Kulturländern nicht gehindert, daß die industrielle Frauenarbeit eine von Zählung zu Zählung gewaltig steigende Ausbreitung genommen hat. Die Millionen heute in der Industrie tätigen weiblichen Arbeitskräfte stellen bereits einen so integrierenden Bestandteil derselben dar, daß sie nirgends und niemals daraus verdrängt werden können, und jene Drohung aus Unternehmerkreisen scheitert an dem sehr materiellen Interesse derselben an der Beibehaltung der billigeren und gefügigeren Frauenhände. Umgekehrt haben wir — insbesondere angesichts der sinkenden Konjunktur, der allerorten gemeldeten Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen — alle Ursache, das Angebot von Arbeitskräften zu verringern und vor allem es den Unternehmern zu erschweren, männliche durch weibliche Kräfte zu ersetzen, zu welchem Mittel sie noch immer in Zeiten der Krise gegriffen haben. Auch aus diesem Grunde wäre es durchaus angezeigt, nicht nur jenen weitgehenden Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsschutz zu verlangen, sondern auch den Versuch zu machen, zu den Kosten für denselben die Unternehmer heranzuziehen ...

1914: Ein sozialdemokratischer Aerzteverein.

. . . Das Verhältnis der Krankenkassen zu ihren Aerzten wird noch für lange Zeit den Hauptgegenstand unserer Diskussionen bilden, und dabei werden in aller wünschenswerten Sachlichkeit und Gründlichkeit die Fragen nach dem besten System kassenärztlicher Versorgung, nach Art und Höhe der ärztlichen Honorierung, nach der Zulassung und Kündigung, nach den Rechten und Pflichten der Aerzte, nach der Vereinfachung des Schreibwerks, um mehr Zeit für die ärztliche Behandlung zu gewinnen, usw. behandelt werden, unter vollster Anerkennung des audiatur et altera pars. All die, die uns etwas zu sagen haben, werden wir bitten, zu uns zu kommen, ebenso wie wir hoffen, auch nichtärztliche Genossen wie nichtsozialistische Aerzte bei uns zu begrüssen, denen daran liegt, uns kennenzulernen, unsere Meinung zu hören oder mit uns zu diskutieren; ganz besonders würden wir uns freuen, wenn unsere führenden Freunde in den Krankenkassen, bevor sie irgendwelche Reformen in den von ihnen beratenen oder geleiteten Kassen einzuführen gedenken, in eine Besprechung hierüber auch mit uns eintreten würden. Nicht bloß über die gerade aktuellen und praktischen Streitfragen wollen wir uns da unterhalten, sondern auch über mehr theoretische und weiter abgelegene Probleme, von der Frage nach dem Verhältnis zwischen Arzt, Patient und Krankenkasse in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung angefangen, bis zur Frage des ärztlichen Dienstes in der Zukunft, der Verstaatlichung und Verstadtlichung, der weiteren Entwicklung der Krankenkassen zu Zentren für die gesamte Volkshygiene im Sinne unseres Programmes.

Und wir wollen uns nicht darauf beschränken, solche Fragen im engeren Kreis zu diskutieren, wir wollen auch hinausgehen und die Mitglieder der Krankenkassen zu erfassen und aufzuklären suchen, in Versammlungen und bei Gelegenheit der Krankenkassen-Ausschußwahlen, damit diese mehr Interesse und Verständnis für ihre Kasse bezeugen, für die wichtige Rolle, die diese in ihrem Leben spielt, und einsehen, daß es ihre eigene Schuld ist, wenn dort statt einer demokratischen Selbstverwaltung ein mehr und mehr bürokratisches Verfahren Platz greift . . .

Weltwirtschaftskrisis und Volksgesundheit

Von Gg. Engelbert Graf, M. d. R.

(Nach dem Referat auf der Karlsbader Internationalen Konferenz sozialistischer Aerzte.)

Wenn irgendwo eine Katastrophe eingetreten ist, dann muß die Feuerwehr aufräumen, müssen die Ingenieure die Fehler in der Konstruktion und an der Maschine suchen, müssen die Aerzte die Wunden verbinden. Aber ihre Tätigkeit beschränkt sich

nicht allein darauf, nachträglich die Schäden, so gut es geht, zu beseitigen und gutzumachen, was versäumt wurde; sie müssen auch danach trachten, die Ursachen aufzuhellen, um ähnliche Katastrophen in Zukunft besser vermeiden zu können. Das gilt für den Nationalökonomen und Politiker, das gilt auch für den im sozialen Leben stehenden Arzt in der Zeit der Weltwirtschaftskrisis. Nationalökonomen und Aerzte sollen nicht allein helfen und heilen, sondern vorwiegend ökonomische Hygieniker sein.

Heute sind in der Welt etwa 25 Millionen Menschen arbeitslos. Das sind mit den Familienangehörigen rund 60 Millionen Menschen, die von der Wirtschaftskrisis niedergedrückt werden. Das bedeutet aber nicht nur wirtschaftlichen Druck und gesunkene Kaufkraft, sondern auch physische und psychische Erkrankung, das bedeutet empfindliche Bedrohung der Volksgesundheit.

Es ist unmöglich, eine Wirtschaftskrisis wie die gegenwärtige auf eine einzelne Ursache zurückführen zu wollen. Aehnlich wie bei menschlichen Krankheiten, sind es ganze Bündel von Ursachen, aus deren Zusammentreffen erst sich die Katastrophengefahr ergibt. Daß die Weltwirtschaftskrisis im Zeitalter des Kapitalismus einen typisch kapitalistischen Charakter tragen muß, ist selbstverständlich; aber darüber gehen die Meinungen noch auseinander, unter den bürgerlichen wie unter den sozialen Theoretikern, ob die gegenwärtige Krisis vorwiegend den Charakter einer Konjunkturkrisis trägt, oder ob sie nicht vielmehr durch strukturelle Wirtschaftsveränderungen erheblich modifiziert wird. Aber auch diejenigen, die noch vor wenigen Monaten in der Weltwirtschaftskrise der Gegenwart nur eine der regelmäßig wiederkehrenden Konjunkturkrisen sahen, mußten sich durch die ungeheure Ausdehnung und die abnorm lange Dauer davon belehren lassen, daß diesmal besondere Elemente am Werke sind, die bei früheren Krisen nicht in Erscheinung traten. Je länger aber die Krisis dauert, um so größer müssen die Einwirkungen auf die Volksgesundheit werden, um so mehr fallen diese Folgen in den Tätigkeitsbereich der Aerzte. **Gerade Strukturkrisen, die Dauerwirkungen hervorrufen, welche auf Jahre und Jahrzehnte hinaus sich erstrecken, müssen sich in der Folge erst später, besonders aber bei der heranwachsenden Generation bemerkbar machen.**

Kapitalistische Krisen sind im Gegensatz zu den Wirtschaftskrisen der vorkapitalistischen Zeit und in Ländern der Gegenwart mit vorkapitalistischer Wirtschaftsstruktur charakterisiert durch einen Ueberschuß an Gütern. Sowohl auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen wie der mineralischen Produktion wachsen die Vorräte, die nicht abgesetzt werden können, ins Unheimliche. Die Weltweizenvorräte betrugen in Amerika, Kanada, Argentinen und Australien zusammen im Jahre 1925 nicht ganz 4 Milliarden Tonnen; 1928 stiegen sie auf 6,2, Ende 1929 waren sie auf 9,6 und Ende 1930 auf 10,3 Milliarden Tonnen angewachsen. Der jährliche Verbrauch der Menschheit an Baum-

wolle beträgt etwa 15—16 Millionen Ballen; in den letzten Jahren wurde aber die Produktion derart gesteigert, und die Ernten fielen so gut aus, daß jeweils über 20 Millionen Ballen auf den Markt kamen, wovon selbstverständlich nicht alles abgesetzt werden konnte. Die in Brasilien vorhandenen Kaffeevorräte könnten ein ganzes Jahr lang zur Versorgung der Menschheit ausreichen. Kohle und Erze wandern auf Halden, geschlagenes Holz verfault in den Wäldern. Gewiß könnte dieser Reichtum sehr wohl von der Menschheit verbraucht werden, aber allenthalben ist mit der Wirtschaftskrisis auch die Kaufkraft gesunken, die Arbeitslosigkeit hat das Einkommen von Millionen weit unter das Existenzminimum heruntergedrückt, und so müssen widersinnigerweise in einer Zeit unbeschreiblichen Güterüberflusses die Güter unverbraucht bleiben.

Bei einer sozialistischen planmäßigen Bedarfswirtschaft würde selbstverständlich die Güterproduktion in demselben Maße gesteigert werden, wie die Bevölkerung wächst und die Kulturhöhe zunimmt. Aber die private Kapitalwirtschaft steigert die Produktion nicht nach Maßgabe des Bedarfs, sondern entsprechend der Höhe des Profits. Während Löhne und Gehälter fast ausschließlich dem Konsum zugeführt werden, wird vom Kapital nur ein Teil konsumiert, vielleicht auch im Luxus konsumiert, ein größerer Teil aber, besonders bei zunehmendem Profit, wird zur Erweiterung des kapitalistischen Produktionsapparates verwendet. Das ist der Sinn der kapitalistischen Akkumulation. Da bei steigender Konjunktur auch die Preise für Produkte steigen, aber bei steigenden Preisen nicht in demselben Maße die Arbeitseinkommen in die Höhe gehen, wird in den Perioden steigender Konjunktur auch die Akkumulation eine besondere Steigerung erfahren. Obendrein werden in der Aussicht auf hohe Konjunkturgewinne viele Kapitalisten den Kredit der Banken in Anspruch nehmen, um ihre Produktionsmöglichkeiten noch entsprechend zu erweitern. Nichts ist aber empfindlicher gegenüber Marktschwankungen als der Kredit. Sowie die Produktion über die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinausgegangen ist und die Absatzschwierigkeiten sich einzustellen beginnen, muß notwendigerweise der Kredit ins Wanken geraten. Der Absatz stockt, Arbeiterentlassungen folgen, die Kaufkraft sinkt, die Preise werden herabgesetzt. Bei sinkenden Preisen und mangelndem Absatz können jedoch die hohen Kreditzinsen am wenigsten aufgebracht werden. Alle Krisen der jüngsten Zeit, vor allem die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, setzten mit einer Serie von Bankkrachen ein.

Die gegenwärtige Krisis zeigt aber noch einige Besonderheiten. Besonders in Deutschland und Mitteleuropa. Während auf dem Weltmarkt die Preise ins Bodenlose gesunken sind, haben sie sich hier entweder gehalten, oder sind teilweise sogar noch gestiegen. Zum Beispiel ist der Weltmarktpreis für Weizen

seit 1926 von 240 Mark auf 100 Mark die Tonne heruntergegangen. In der gleichen Zeit stieg er in Deutschland von 250 Mark auf 320 Mark die Tonne. Früher waren die Wirtschaftskrisen auch mit einem Lohnabbau verbunden, aber der Lohnabbau setzte erst ein, wenn die Preise heruntergegangen waren. Bei der gegenwärtigen Krisis aber wurden, obendrein unter Zuhilfenahme der staatlichen Machtmittel, die Löhne und Gehälter zuerst gekürzt, sogar ohne daß der Preisabbau hinterher hinkte. Diese Entwicklung wurde erzwungen durch die zunehmende Technisierung und Rationalisierung. Solange die Produktion ganz oder größtenteils auf der Menschenkraft beruhte, wurden bei einer Wirtschaftskrisis die Menschen beiseite geschoben. Arbeiter kosten aber den Unternehmer nichts und müssen sehen, wie sie bei Arbeitslosigkeit sich selbst helfen. Je mehr die Menschenkraft durch Maschinen ersetzt wird, um so mehr ändert sich das Bild. Die Maschinen kosten Geld, und wenn sie stillstehen, kosten sie Zinsen. Es dauert immer einige Zeit, bis sich die Maschinen bezahlt gemacht haben, d. h. bis sie in der Bilanz als abgeschrieben erscheinen. Heute geht nun vielfach die technische Entwicklung so schnell, daß durch sie oft Maschinen schon überholt sind, ehe sie amortisiert werden konnten, und daß neue Erfindungen den ganzen Produktionsapparat umwälzen, ehe er sich völlig bezahlt gemacht hat. Derartige technische Fortschritte sind in den letzten Jahren besonders stark in der Maschinenindustrie, in der Textilindustrie, in der Glas- und chemischen Industrie gemacht worden. Wenn früher in Baumwollwebereien zwei bis drei Webstühle von einem Arbeiter bedient wurden, so gibt es heute schon Einrichtungen, die es ermöglichen, daß über 40, obendrein besonders leistungsfähige Webstühle, von einem einzigen Arbeiter bedient werden. Die Opfer dieser Entwicklung, das sind in der Hauptsache die Arbeiter und Angestellten. Die Unternehmer haben es durch Aufrechterhaltung der Preise und gegebenenfalls durch staatliche Subventionen verstanden, ihre Profitrate aufrechtzuerhalten. Ein Blick in die Abschlüsse der Unternehmungen zeigt uns, daß im vergangenen Krisenjahr die Dividenden nur ganz unwesentlich gesunken sind.

Die Aufrechterhaltung der Profitrate ist aber nur möglich geworden durch den Zusammenschluß des Unternehmertums. Der Kapitalismus befindet sich im schnellsten Tempo auf dem Wege zum Monopolkapitalismus; er tritt in Form von monopolistischen Organisationen der verschiedensten Art, von Kartellen, Syndikaten, Trusts usw. auf. Diese Organisationen sind auch imstande, Einfluß auf die staatlichen Machtmittel zu gewinnen, um so durch den Druck auf die Arbeiterschaft und Angestelltenschaft, durch hohe Zölle und offene und versteckte Subventionen ihre gewohnte Profitrate und die hohen Inlandspreise zu sichern, während sie auf dem Weltmarkt mit den niedrigen Weltmarktpreisen konkurrieren müssen.

Gibt der Monopolkapitalismus der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrisis bereits einen besonderen Strukturcharakter, so ist es auch besonders auffallend, daß zum erstenmal mit einer solchen Wucht die Krisis sich universell auf der ganzen Erde in allen Ländern, wenn auch nicht überall in denselben Formen, bemerkbar macht. Man hat in Deutschland lange versucht, die Ursache der Krisis in den Friedens- und Reparationsverträgen zu sehen. Aber auch jene Staaten, die nicht vom Kriege betroffen wurden und die keine Reparationen zu zahlen brauchen, ebenso wie die Siegerstaaten, sind von der Krisis nicht verschont geblieben. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren das erste Land, in dem die Krisis ausbrach; Frankreich, das noch die längste Zeit ihr widerstand, wird immer mehr in den Strudel hineingerissen. Auch Rußland ist erheblich in Mitleidenschaft gezogen; denn um Maschinen und Produktionsmittel kaufen zu können, muß es Lebensmittel und Rohstoffe verkaufen; wenn aber die Preise auf dem Weltmarkt sinken, dagegen die Fertigwaren den Preis gehalten haben, muß Rußland um so mehr Waren exportieren, um seinen Produktionsapparat aufbauen zu können.

Die Weltkrisis ist vor allen Dingen dadurch hervorgerufen worden, daß unter Zuhilfenahme der immensen Kriegs- und Inflationsgewinne die ganze Welt im Begriffe steht, industrialisiert und technisiert zu werden. Da ist vor allen Dingen der amerikanische Kontinent, dünn bevölkert und bisher noch relativ wenig ausgenutzt. Hier wurden viele amerikanische Dollar-Milliarden dazu verwandt, um neue Oelfelder, neue Kupferminen zu erschließen, um riesenhafte Flächen in Weizenfelder zu verwandeln, Zuckerplantagen, Baumwollplantagen, Kaffeeplantagen, Bananenplantagen, Gummiplantagen usw. zu errichten; Produktionsgebiete, die erst in den letzten Jahren mit riesenhaften Massen von Produkten den Weltmarkt zu überschwemmen begannen. In der Alten Welt sind es in erster Linie die dichtbevölkerten Gebiete, wo die billige Arbeitskraft dazu lockt, kapitalistische Industrien ins Leben zu rufen. Man muß sich nur immer vorstellen, daß in China, Indien und Hinterindien zusammengenommen, erst die Hälfte der gesamten Menschheit wohnt. Dort, in diesem wimmelnden Ameisenhaufen sucht das Industriekapital billigstes Proletariat und Massenabsatz für seine Massenproduktion. Besonders stark wirken sich diese Wandlungen im Rahmen des englischen Weltreiches aus. England war früher die große Fabrik, der die Kolonien seines Imperiums die nötigen Rohstoffe zu liefern hatten; den Verkehr besorgten englische Schiffe, und wichtige Absatzmärkte waren wiederum die englischen Kolonien. Die großen Dominions entwickeln aber heute ihre eigenen, schnell aufsteigenden Industrien. Kanada, Australien, Südafrika und Indien. Und diese Industrien machen nicht nur sich gegenseitig, sondern heute bereits auch dem Mutterland Konkurrenz. Die

indische Schwereisenindustrie exportiert bereits nach Südafrika. Und während die 350 Millionen Inder vor dem Krieg fast 75 Prozent ihres Baumwollwarenbedarfs in England deckten, beziehen sie heute von dort nur noch 25 Prozent. Die Industrialisierung der Welt wird noch dadurch ins Groteske verstärkt, daß auch die kleinen, erst im Weltkrieg entstandenen Staaten sich eigene Industrien, besonders Kriegsindustrien, aufzubauen suchen, die die bisherigen Märkte noch mehr einschränken. In dem kleinen Europa hat die Anzahl der Staaten noch zugenommen. 11 000 km neue Staatsgrenzen kamen hinzu, und die Anzahl der Währungen in Europa ist von acht auf 26 gestiegen. Besonders die mitteleuropäische Landwirtschaft wird durch eine unsinnige Zollpolitik in einem Zustand erhalten, der gegenüber der agrarischen Entwicklung in der übrigen Welt immer rückständiger wird. Die Lage ist hier auch deshalb besonders schwierig, weil in zunehmendem Maße die Landwirtschaft in finanzielle Abhängigkeit von den Großbanken gerät, und der Kapitalist in der Lage ist, sich seine Zinsen auf dem Wege über staatliche Subventionen zu sichern.

Besonders wichtig für die zukünftige Entwicklung ist das Sowjetproblem. In Rußland vollzieht sich ein Industrialisierungsprozeß in ungeheuerstem Umfang und unglaublich kurzer Zeit. Das ist der Sinn des Fünfjahrplans. Rußland hat, um in der Produktion, in der Technik und der Organisation den übrigen Kulturländern gleichzustehen, 50—100 Jahre der Entwicklung nachzuholen und richtet sich darauf ein, diesen Prozeß in einem Bruchteil dieser Zeit durchzuführen. Der Fünfjahrplan soll nur ein Anfang sein. Die Kosten des Fünfjahrplans werden von russischer Seite auf 75 Milliarden Mark veranschlagt. Sie werden aber wohl über 100 Milliarden Mark betragen. Die russische Entwicklung seit 1917 hat die schönsten kapitalistischen Träume zerstört. Sah man doch in den kapitalistischen Ländern hüben wie drüben in Rußland mit seinen ungeahnten Möglichkeiten für kapitalistische Anlagen und Absatzmärkte den Siegespreis. Durch diese Hoffnungen hat die Revolution einen Strich gemacht. Zunächst glaubte das internationale Kapital, Rußland aushungern zu können. Nun hat die Sowjetregierung den Weg der Selbstfinanzierung beschritten und sucht durch Anziehen der Steuerschraube, durch innere Anleihen und durch Verkauf von Wirtschaftsüberschüssen die für den Aufbau des Produktionsapparates notwendigen Mittel hereinzubringen. Daß dabei Schwierigkeiten überwunden werden müssen, die für jedes andere Land unerträglich wären, ist klar. Zwar sind die Löhne in Rußland nominell gestiegen, aber das tatsächliche Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung, soweit es für den Konsum verbraucht werden kann, ist gesunken. Die Russen müssen sich eine bessere Zeit buchstäblich „erhungern". Ob der Fünfjahrplan und die folgenden Pläne gelingen werden, hängt nicht allein von der

Leistungsfähigkeit, sondern auch von der Leidensfähigkeit des russischen Volkes ab.

Verstärkt wird die Krisis auch durch eine Reihe bevölkerungspolitischer Zwänge. Da die einzelnen Staaten, zumal in der Krisis, ihre Grenzen gegen Einwanderung sperren, ist es heute nicht mehr möglich, daß der Bevölkerungsüberschuß in Zeiten der wirtschaftlichen Not nach anderen Ländern abströmt; der Auswanderungslustige wird heute von allen Grenzen zurückgewiesen. Hinzu kommt, daß vor allem in denjenigen Ländern, die eine Agrar-Revolution hinter sich haben, die Bevölkerung unheimlich zunimmt. Zur Zeit beträgt der jährliche effektive Bevölkerungsüberschuß in der Sowjetunion 2,3 Prozent gegenüber einem Durchschnitt der Zunahme der Erdbevölkerung von etwa nur einem Prozent. Selbst in den Ländern, in denen ein Rückgang der Bevölkerungszunahme zu verzeichnen ist, ist die Zahl der Arbeitsfähigen gegenwärtig relativ größer als in der Vorkriegszeit, da die Sterblichkeit sich vermindert hat. Deutschland hat z. B. heute ungefähr dieselbe Einwohnerzahl wie in der Vorkriegszeit. Es zählt aber ungefähr 4 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter mehr als 1914. Gerade unter diesem Umstand ist es besonders schwer, in einer Zeit der Wirtschaftskrisis für die Arbeitslosen Sorge zu tragen.

Von ärztlicher Seite wurde zwar bisher behauptet, daß sich gesundheitliche Folgen der Wirtschaftskrise bisher nur in geringem Umfang bemerkbar gemacht hätten. Es mag sein, daß bei einigermaßen ausreichender Unterstützung oder bei vorhandenen Ersparnissen eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit eine Zeitlang sogar der Erholung dienen kann. Je weniger Arbeitslosenunterstützung aber vorhanden ist, je mehr die Unterstützungssätze abgebaut werden, um so früher müssen auch die gesundheitlichen Folgen eintreten, besonders dann, wenn der Arbeitslose sich nicht mehr mit Qualitätsnahrung versorgen kann, sondern auf billige, unzureichende Lebensmittel angewiesen ist. Gesundheitsschädigungen treten vor allem ein bei den Kindern und bei der heranwachsenden Generation und dann zu einem großen Teil erst in der späteren Pubertätszeit. Vor allem muß hier auch hingewiesen werden auf die schweren körperlichen und seelischen Schädigungen, die die jüngere Generation in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrisis erleidet. In einer Zeit, in der ein junger Mensch ein Lebens- und Berufsziel haben müßte, gleichzeitig aber noch der Erziehung bedürfte, wird er unmittelbar nach Schulentlassung, mindestens nach beendeter Lehrzeit, als Arbeitsloser auf die Straße verwiesen, ohne Lebensziel, ohne Hoffnung und ohne ausreichende Hilfe; kein Wunder, daß diese Jugend extremen Parteien nur allzu leicht ins Garn läuft.

Ob diese Krisis die letzte im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sein wird, vermögen wir nicht zu sagen. Selbstverständlich macht der Kapitalismus jeden Versuch, um für sich

die Schwierigkeiten zu beseitigen, die ihm aus der Krisis erwachsen. Wenn die proletarischen Organisationen genügend schwach oder genügend geschwächt sind, dürfte es dem kapitalistischen Unernehmertum auch gelingen, die Krise im kapitalistischen Sinn zu überwinden, d. h. auf Kosten der breiten Massen. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist es nur möglich, die Krisis zu lindern und die schlimmsten Folgen von den Opfern der Krisis abzuwenden. Da muß in erster Linie betont werden, daß die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Invalidenversicherung unter keinen Umständen angetastet werden. Vor allem würde es aber einen ungeheuren Fortschritt der Arbeiterklasse bedeuten, wenn es ihr gelänge, eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Der Achtstundentag ist heute im Zeitalter der Rationalisierung überholt. — Und es wäre nicht allein erforderlich, sondern auch technisch und organisatorisch durchaus möglich, wenn er durch allgemeine Einführung des Sechsstundentages ersetzt würde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde dann auch dadurch eintreten, wenn z. B. das invalidenpflichtige Alter herabgesetzt werden könnte, und besonders wenn man dazu überginge, die Schulzeit zu verlängern. Derartige Maßnahmen würden ebenfalls dazu beitragen, daß die Arbeitslosigkeit verringert und damit die Arbeiterschaft wieder einen psychischen Auftrieb erfahren würde.

Darüber hinaus müssen wir uns aber klar sein, daß eine Beseitigung der Weltwirtschaftskrisis nur eintreten kann auf dem Wege über eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Nur der Sozialismus kann aus der kapitalistischen Profitwirtschaft eine systematische Bedarfswirtschaft machen. Freiwillig aber wird der Kapitalismus die Positionen nicht räumen. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, daß nur rücksichtsloser Klassenkampf dem Proletariat die Möglichkeit gibt, sich aus den Fesseln des Kapitalismus und aus den Fangarmen der stets sich wiederholenden Weltwirtschaftskrisen zu befreien.

Deutscher Aerztetag in Köln, 1931

Von Dr. Th. Plaut.

„Bildung einer einheitlichen Willensmeinung des gesamten Standes", so bezeichnete Stauder das Ziel der zu schaffenden Reichsärzteordnung. Wenn man den Verlauf der Tagung rückschauend betrachtet, so kommt man zu dem Ergebnis, daß dieses Ziel schon erreicht ist. Man bedenke: es wird ein Entwurf vorgelegt, der für die Zukunft der deutschen Aerzte auf Jahre hinaus bestimmend sein kann, ein Entwurf, der nach dem eigenen Zugeständnis der Verfasser noch mannigfache Schwierigkeiten in sich birgt, der seit Jahren vorberaten wird, und bei dessen Vorberatung sich immer neue Schwierigkeiten ergeben haben. Der preußische Aerztekammer-Ausschuß hatte den Antrag gestellt, daß auf dem Kölner Aerztetag, betreffend Reichsärzteordnung, „keine definitiven Beschlüsse" gefaßt werden, sondern daß „lediglich zu grundsätzlichen Fragen Stellung genommen" werden sollte. Er ging dabei von der Auffassung aus, daß einem Ausschuß die weitere Ausarbeitung übertragen und daß den Aerztekammern vor endgültiger Fassung des Entwurfs rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Und trotz alledem, wie es in dem Bericht einer Tageszeitung hieß, „so gut wie keine Opposition". Man hatte nicht den Eindruck, daß die paar hundert Vereine, die ihre Delegierten entsandt hatten, vorher diese umfangreiche Materie genau durchgesprochen und ihren Delegierten entsprechende Weisungen mitgegeben hatten. So kam es, daß außer dem Schreiber dieser Zeilen nur noch ein Kollege zu dem Entwurf kritisch Stellung nahm und — charakteristisch genug — den betreffenden Kollegen, der, ganz offenkundig mit der Materie eingehend vertraut, zu verschiedenen Punkten kritisch Stellung nahm, wollte man nicht anhören. Es wurden Schlußrufe laut, und der Vorsitzende mußte sich bemühen, dem Redner Gehör zu verschaffen. Dabei konnte er darauf hinweisen, daß der Kollege an den Vorarbeiten teilgenommen, in manchem eine abweichende Meinung vertreten hatte, und daß man ihm zugesichert hatte, seine Meinung auf dem Aerztetag vertreten zu können. Aber man will eben keine Opposition. Der erste Redner, der das Wort nahm, fand großen Beifall, als er erklärte, man könne die deutsche Aerzteschaft zu ihrer Führung, die zielbewußt auf eine Einheitlichkeit der Organisation hingearbeitet habe, nur beglückwünschen.

Niemand ist mehr als wir Sozialisten davon überzeugt, daß eine Kollektivität zur Erreichung ihrer Ziele Geschlossenheit braucht, und daß man den gewählten Führern gewisse Vollmachten geben muß, um in der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen freie Hand zu haben. Aber wenn schon die Führung einmal im Jahre ihre Arbeit und ihre Ziele zur Diskussion stellt, dann muß doch in der „Masse" so viel Leben sein, daß Kritik in reichlichem Maße laut wird, und daß es zu einer lebhaften Aussprache

zwischen Führer und Geführten kommt. Aber davon ist beim deutschen Aerztetag keine Rede. Er ist weniger ein Parlament als eine Demonstrationstagung. Es scheint nicht so zu liegen, daß die Führung keinen Widerspruch wünscht, sondern daß die große Masse der Geführten es viel bequemer findet, den Herren da oben freie Hand zu lassen, in dem Bewußtsein: sie werden es schon richtig machen. Eine Ursache dieser Verhältnisse scheint auch darin zu liegen, daß dem deutschen Aerztetag regelmäßig die Hauptversammlung des Hartmannbundes vorausgeht. Dort ist man unter sich, die Oeffentlichkeit ist ausgeschlossen, und da kann man es riskieren, die Gegensätze laut werden zu lassen. Wie man hört, ist es ja auch diesmal dort zu recht lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Der Aerztetag aber ist sozusagen die Demonstration nach außen, und da will man der Welt das Bild einer einheitlich geschlossenen Organisation darbieten, die ihr Schicksal vertrauensvoll in die Hände der Führung legt. Dem entspricht ja auch die Geschäftsordnung des Aerztetages. Ein Antrag, der auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, muß drei Monate vorher eingereicht und von mindestens 20 Vereinen unterstützt werden.

Dabei bedenke man, daß diesmal die Tagesordnung mit Stauders Leitsätzen erst drei Wochen vor dem Aerztetag in unsere Hände kam! Will man auf dem Aerztetag selbst einen Antrag stellen, so bedarf er der Unterstützung von 30 Vereinen. Auf diese Weise wird natürlich das Stellen von Anträgen sehr erschwert.

Der Frankfurter Verein der Sozialistischen Aerzte hatte im hiesigen Verein den Antrag gestellt, die Reichsärzteordnung abzulehnen. Der Antrag fand keine Mehrheit. Ich konnte daher nur für meine Person diesbezüglich das Wort nehmen und führte aus, daß die Reichsärzteordnung unsere Freiheit bedrohe. Was den Aerztekammern recht, sei den ärztlichen Vereinen billig. Auch ihnen müßte daher noch ausgiebig Gelegenheit zur Erörterung des Entwurfs gegeben werden. Ich beantragte daher Rückverweisung an die Aerztekammern und Bundesvereine. Daß ich damit kein Glück haben würde, war von vornherein klar, und so wurde denn die Vorlage bei Anwesenheit von mehreren hundert Mitgliedern mit allen gegen etwa acht Stimmen angenommen. Auch der Antrag der preußischen Aerztekammern wurde von niemand vertreten.

Wie unerwünscht Kritik war, zeigte sich, als ich zum Jahresbericht das Wort ergriff. Da stand nach mir ein Redner auf und erklärte, es ginge doch nicht an, daß man zu allem, was einem am Jahresbericht nicht gefällt, das Wort nähme. Dabei stand der Jahresbericht, der allen Vereinen zugegangen war, auf der Tagesordnung. — Ich wandte mich zunächst gegen eine Stelle des Jahresberichts, in der gesagt wird, daß Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit im Begriff sind „vorläufig noch unmerklich (vom Referenten gesperrt) oder jedenfalls statistisch kaum

erweisbar die Volksgesundheit zu untergraben". Demgegenüber mußte ich betonen, daß die Untergrabung der Volksgesundheit schon sehr deutlich merklich ist. Dann mußte ich mich damit beschäftigen, daß sowohl seitens des Vorsitzenden als auch seitens des Jahresberichtes der parteimäßige Zusammenschluß von Aerzten erwähnt worden war. Das wurde natürlich bedauert. Der Jahresbericht befürchtet, daß dadurch die Einheit des Standes gefährdet wird, glaubt jedoch glücklicherweise feststellen zu können, „daß sich alle diese Kreise des Berufszusammenhangs bewußt geblieben sind". Demgegenüber stellte ich mich als Mitglied des Vereins Sozialistischer Aerzte vor, erwähnte unseren internationalen Zusammenschluß in Karlsbad und legte dar, daß wir keine parteipolitische Organisation sind. Ich konnte diese Gelegenheit aber nicht vorübergehen lassen, ohne auf die nationalsozialistische Aerztevereinigung hinzuweisen (deren Namen ich nicht nannte), und zu erklären, daß es kein Zeichen von Gefühl des Berufszusammenhangs ist, wenn man die Zulassung zur Praxis von der Abstammung abhängig machen will. Ich bezog mich dabei auf die Anfrage des Hartmannbundes, auf die die NSDAP seinerzeit geantwortet hatte, daß die Nöte des ärztlichen Nachwuchses leicht zu beheben seien, wenn man nur deutschstämmige Aerzte zulasse. Dazu ist weder seitens des Hartmannbundes noch seitens des Aerztevereinsbundes jemals Stellung genommen worden, obwohl die Durchführung einer derartigen Forderung die ganze zur Zeit bestehende Organisation der deutschen Aerzte über den Haufen werfen würde.

Großen Widerspruch fand ich natürlich, als ich auf den § 218 zu sprechen kam. Im Jahresbericht heißt es: „Daß von einer größeren Zahl von Aerztinnen aus einer mehr gefühlsmäßigen Einstellung heraus die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung verlangt wurde, ist bedauerlich". Demgegenüber erklärte ich diese Eingabe für höchst erfreulich und anerkennenswert. Da hagelte es Zwischenrufe wie „Pfui, Schluß, Abtreten!" „Bedauerlich" erscheint also nicht die erwähnte Eingabe, sondern die Tatsache, daß in einer Sache, die in der letzten Zeit die Oeffentlichkeit auf das lebhafteste bewegt hat, und in der ganz offensichtlich verschiedene Meinungen möglich sind, die maßgebende Versammlung der deutschen Aerzte eine abweichende Meinung nicht hören will. Das beweist Mangel an Objektivität und Duldsamkeit.

Als der Vorsitzende, der durchaus loyalerweise seines Amtes waltete, mir wieder Gehör verschafft hatte, konnte ich in meiner Protestrede fortfahren. In bezug auf die Sozialversicherung protestierte ich dagegen, daß man auch nur hypothetisch „den Grundgedanken der Arztkostenbeteiligung als berechtigt ansieht" und es für erwägenswert hält, „ob nicht ein gewisses Sparsystem im Rahmen der Versicherung möglich ist". Auch gegen den „Ausblick", in dem von den sozialen Einrichtungen die Rede ist, „welche blinde Parteipolitik, ungehindert aller Warnungen der

Sachverständigen, nicht zuletzt der Aerzte, in früheren Jahren überspannte", mußte ich mich wenden.

Zum Kassenbericht lag ein von uns im hiesigen Verein zur Annahme gebrachter Antrag vor, die Beiträge auf die Hälfte herabzusetzen. Der Antrag, der, weil nicht genügend unterstützt, nicht zur Besprechung kam, wurde sehr übel aufgenommen. Und in dem Bericht über den deutschen Aerztetag („Deutsches Aerzteblatt" Nr. 19) heißt es, daß er „doch nur als eine jeder sachlichen Unterlage entbehrende Demonstration gewertet werden" könnte. Wenn man sich aber den Voranschlag des Aerztevereinsbundes für 1932 genau ansieht, so muß man doch sagen, daß gegenüber den Mitgliederbeiträgen von 389 000 RM, die 100 000 RM, die für Kurpfuschereibekämpfung und ärztliche Fortbildung an die Aerzte zurückfließen, eine recht bescheidene Summe darstellen. Beachtenswert ist auch, daß das deutsche Aerzteblatt einen Verlustbetrieb darstellt. Es wäre also sehr wohl zu erwägen, ob wir nicht mit einem Organ auskommen könnten, und mit einer Organisation im Sinne einer noch weiter gehenden Verschmelzung von Hartmannbund und Aerztevereinsbund.

Alles in allem wird man sich als Mitglied des Vereins Sozialistischer Aerzte auf dem Aerztetag immer als Opponent einer überwältigenden Majorität gegenübersehen, aber man wird diese nicht immer angenehme Situation in dem Bewußtsein auf sich nehmen, daß, wie ich auch auf dem Aerztetag ausgeführt habe, im Laufe der Weltgeschichte nicht selten die Minoritäten recht behalten haben.

Zum Tode von August Forel

Von Fritz Brupbacher (Zürich).

Die Daten über Forels Leben finden Sie im Großen Brockhaus. Eins ist unrichtig: er war Direktor der Irrenanstalt Burghölzli nicht bis 1906, sondern nur bis 1898. Mit 50 Jahren trat er aus seiner Stellung als Professor zurück. Scheinbar von sich aus. Faktisch paßte er nicht mehr in den bürgerlichen Staatsdienst, war zu klug, zu revolutionär. Nicht im Sinne einer Partei. Er war ein Mensch, der in keine Partei paßte, war dazu zu revolutionär, dachte zu selbständig, nicht nach Schablonen. Er ist das Vorbild für den unabhängigen revolutionären Intellektuellen. In den letzten zwanzig Jahren war er zwar Mitglied der SP-Schweiz, erließ aber trotzdem Proklamationen für die ungarische Räterepublik und für die Sowjetunion.

Forel war bedeutender Hirnanatom, Ameisenforscher, Sexologe, Psychiater. Vor allem war er einer, bei dem keine Erkenntnis in dem Erkennen steckenblieb. Alles ging durch den ganzen Reflexbogen, und welchen Reflexbogen!

Ich hatte das Glück, noch als Student bei ihm Assistentendienst zu tun. Als ich nach absolviertem Staatsexamen auf die

Pariser Salpetrière und St. Anne, die psychiatrischen Kliniken, übersiedelte, hatte ich nur immer Heimweh nach Forel. Zeitlebens ist er seinen Schülern Vorbild geblieben. Er war ein großer Aufklärer für die gebildeten, nicht minder als für die breiten Massen. Aufklärer und Aufrüttler. Man ging nie von ihm fort ohne zwanzig Aufgaben. Man litt es, weil man wußte, er hat das Recht zu fordern, da er selber mehr leistete als tausend andere zusammen. Forel hatte den Teufel im Leibe.

Man konnte Forel nur hassen oder lieben, weil er einen entweder als Feind oder als Freund am Kragen nahm. Alles war in ihm Aktion, Wirken, Verändern. Die Menschen leiblich, seelisch heben. Als Materialist — konsequenter Materialist. Er haßte alle Mystik, wie er alle Uebermenschelei haßte. Er nahm sich fast des letzten Idioten an. Alle wollte er ändern. Veredeln. Humanisieren. Er haßte den Alkohol, weil er das menschliche Gehirn liebte, zum vollkommensten individuellen und sozialen Apparat umgestalten wollte.

Sozial sein hieß für ihn, jedem Individuum zur größten Produktivität zu verhelfen, damit es wieder allen anderen zur größten Produktivität verhelfe.

Im Dienste dieser Idee lebte er bei Tag und Nacht. Eine ganz seltene Menschenart ist in Forel gestorben. Der Gipfel einer alten Kultur und der Anfang einer neuen.

Der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen

Das Reichskomitee, dem eine große Zahl von Organisationen, wie die Deutsche Liga für Menschenrechte und der Verein Sozialistischer Aerzte angehören, erläßt folgenden Aufruf: Der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen, der in den letzten Monaten das deutsche Volk von Süden nach Norden, von Osten nach Westen aufgewühlt hat, muß planmäßig geführt werden. Das Reichskomitee gegen den Abtreibungsparagraphen hat sich auf Anregung der „Deutschen Liga für Menschenrechte" die Aufgabe gestellt, ohne in irgendein parteipolitisches Fahrwasser abzugleiten, diesen Kampf zu organisieren. Eine Reihe großer humanitärer, sozialhygienischer und gewerkschaftlicher Organisationen sämtlicher Richtungen haben sich dem Reichskomitee angeschlossen. In dieser Leitung sitzen sowohl Vertreter dieser Organisationen, wie aber auch einzelne Vertreter der Wissenschaft, die seit Jahren die Gefahr dieses Schandparagraphen erkannt haben. Das Reichskomitee, keiner Partei dienstbar, hat nur die Aufgabe, für Aufhebung des § 218 bzw. §§ 253/54 des Strafgesetzentwurfs zu sorgen, und an seine Stelle ein gesetzgeberisches Werk zu stellen, das der Auffassung breitester Volkskreise entspricht.

Das „Reichskomitee gegen den Abtreibungsparagraphen“ hat in längerer wissenschaftlicher Vorbereitungsarbeit eine Formulierung gefunden, die dem Volksempfinden Rechnung trägt. Es verlangt, daß an Stelle der im neuen Strafgesetzentwurf vorgesehenen §§ 253/54 und §§ 301/02 folgende Fassung Gesetz werde:

§ 253. Wer eine Frucht ohne Einwilligung der Schwangeren im Mutterleibe oder durch Abtreibung vernichtet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

§ 254. Wer, ohne approbierter Arzt zu sein, eine Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung vernichtet oder an der Schwangeren Handlungen, die geeignet sind, die Vernichtung der Frucht herbeizuführen, mit dieser Absicht vornimmt, wird mit Gefängnis bestraft.

Geschieht dies unter Ausbeutung der Notlage der Schwangeren, so kann auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden. Eine Schwangere, die eine im Absatz 1 bezeichnete Tat an sich selbst begeht, dazu anstiftet oder Hilfe leistet, macht sich nicht strafbar.

§ 301. Wer eine zu unzüchtigem Gebrauch bestimmte Sache feilhält, verkauft, verteilt oder sonst verbreitet, oder sie zur Verbreitung herstellt, sich verschafft, vorrätig hält, ankündigt oder anpreist, oder sie öffentlich ausstellt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Als zu unzüchtigem Gebrauch bestimmte Sachen gelten nicht Mittel, Gegenstände oder Verfahren, die zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten oder zur Verhütung der Empfängnis dienen.

Wir verlangen also, daß der § 218 alte Form, modernisiert werde, und daß die Strafbestimmungen gegen den öffentlichen Vertrieb empfängnisverhütender Mittel aufgehoben werden. Denn in der vorbeugenden Geburtenregelung sehen wir eine Möglichkeit, jedem Konflikt mit staatlichen und religiösen Instanzen aus dem Wege zu gehen und in dieser wirtschaftskritischen Zeit dem arbeitenden Volke Deutschlands eine gesündere Lebensbasis zu geben.

Das „Reichskomitee gegen den Abtreibungsparagraphen“ wendet sich an alle Aerzte, Volkswirtschaftler und Juristen, zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen, Gutachten einzusenden und sich dem Vorgehen des Reichskomitees anzuschließen.

Das Reichskomitee wendet sich an die gesamte deutsche Oeffentlichkeit und ihre Organisationen, auf der oben formulierten Grundlage mit ihm für das Fallen des überlebten § 218 zu kämpfen.

Es bittet, ihm hierzu auch Geldmittel zur Verfügung zu stellen, die unter dem Stichwort „gegen den Abtreibungsparagraphen“ der Deutschen Liga für Menschenrechte, Berlin N 24, Monbijouplatz 10, Postscheckkonto: Berlin 212 55, zu überweisen sind.

Agitiert zur Aerztekammerwahl!

In Stadt und Land müssen sich Ortskomitees bilden, die mit dem Zentralkomitee für breiteste Agitation zusammenwirken.

Kämpft auf dieser überparteilichen Basis gegen den § 218, unterstützt ideell und materiell in diesem Kampf das „Reichskomitee gegen den Abtreibungsparagraphen“! Zeigt der Volksvertretung euren festen Willen, diesen kulturwidrigen Abtreibungsparagraphen zu Fall zu bringen!

Das „Reichskomitee gegen den Abtreibungsparagraphen“

Frau Dr. Durand-Wever; Frau Grete Eichel; Dr. Ewald Fabian; Kurt Großmann; Dr. Max Hodann; Dr. Leo Klauber; Paul Levy; Dr. Völter; Dr. Helene Stöcker; Professor Julius Wolf; H. Zucker; Dr. Kurt Hiller.

Österreichische Aerzte und Ambulatoriumsfrage

Eine Lehre für die deutschen Kollegen.

Der Verband der Angestelltenkrankenkassen in Wien hat vor kurzer Zeit ein Ambulatorium für die Zahnbehandlung der Versicherten und der Familienangehörigen errichtet. Die ausgeschriebenen Stellen für Zahnärzte sperrte der Aerzteverband. Aber trotz der Sperre meldeten sich 89 Zahnärzte. In der Ausschußsitzung der W. O. vom 3. Juni d. J. beantragten die zahnärztlichen Kollegen „die Anwendung der strengsten gewerkschaftlichen Mittel durch die Wirtschaftliche Organisation, um rechtzeitig die nicht nur der Zahn-, sondern auch der Gesamtärzteschaft drohende Gefahr abzuwehren.“ Entgegen diesem Antrage wurde der Vorstand mit großer Mehrheit ermächtigt, Verhandlungen zu führen, um etwaige Schädigungen der Aerzteschaft durch Errichtung von Ambulatorien „weitmöglichst zu reduzieren“. Die Einsicht der ärztlichen Kollegen in Oesterreich sagte ihnen, daß es besser sei, sich in die Verhandlungsfauteuils als auf Bajonette zu setzen. Aerzte und Krankenkassen sollen mit vereinten Kräften das Werk der Sozialversicherung zum Nutzen der Versicherten ausbauen.

In der Ausschußsitzung vom 15. Juli konnte eine Vereinbarung bekanntgemacht werden, die mit allen gegen zwei Stimmen und fast ohne Debatte angenommen wurde. Danach ist festgelegt worden, daß die Organisation keinen Einwand erhebt, wenn die Kasse der Bankangestellten, die Niederösterreichische Versicherungskasse und die Kasse der Industrieangestellten Ambulatorien einrichten. Die notwendigen Zahnärzte sollen womöglich dem Kreise der bisherigen Vertragsärzte entnommen werden.

Sowohl der Verband als auch die angeschlossenen Versicherungskassen verpflichten sich, auf ihre Mitglieder keinen Zwang zur Aufsuchung der Ambulatorien auszuüben. Es bleibt demnach den Patienten freigestellt, ob sie die Ambulatorien oder die Zahnärzte aufsuchen wollen. Die Sperre gegen die Kassen wird aufgehoben.

Die „Mitteilungen des Verbandes der kassenärztlichen Vereine Wiens", denen wir diese Tatsachen entnehmen, bemerken zu diesem Abkommen:

> „Das ist kein Sieg im Sinne der kraftmeierischen Sanguiniker und keine Niederlage im Sinne des resignierten Pessimismus. Aber vom Ende der Organisation ist da weit und breit nichts zu sehen, sondern nur von einem zu schönen Hoffnungen berechtigenden Einlenken der Aerzte in die Bahnen einer Realpolitik, die auf starre Maximen . . . zugunsten elastischen Changierens gegenüber den Eigentümlichkeiten der Zeit verzichtet, und die unseren Stand vor dem Odium und der Energievergeudung des Schwimmens gegen den Strom glücklich bewahren wird."

Unsere österreichischen Kollegen haben mit dieser Auffassung eine Einsicht gezeigt, von der die Standesvertretungen der Aerzte und Zahnärzte in Deutschland noch sehr weit entfernt sind. Sie werden aber den Standpunkt in der Ambulatoriumsfrage, den wir sozialistischen Aerzte seit vielen Jahren als den allein möglichen in dieser Uebergangszeit propagieren, und den jetzt die Kollegen in unserem Nachbarlande anerkennen, recht bald sich zu eigen machen müssen. Bei einer weiteren grundsätzlichen Negierung müssen, abgesehen von der Erfolglosigkeit, die Interessen der Gesamtärzteschaft empfindlich Schaden nehmen.

F.

Der Kampf der sozialistischen Aerzte in Ungarn

Von Dr. F. Jahn (Budapest).

Während der Revolution, die Ungarn nach dem Kriege durchlebte, wurde eine Aerztegewerkschaft gegründet. Die darauf folgende Gegenrevolution machte aber jede sozialistische intellektuelle Organisation unmöglich. In den letzten zehn Jahren ergänzte sich die ungarische Aerzteschaft aus den reaktionärsten Elementen, ihre Klassenprägung ist immer ausgesprochener geworden. Die zielbewußte Ausnutzung des numerus clausus, die hohen Schulgelder und die Studentenwohlfahrtsorganisationen haben die auch früher seltene Möglichkeit ganz ausgeschaltet, daß Arbeiterfamilien oder das ihnen gesellschaftlich und psychisch nahestehende städtische Kleinbürgertum ihre Angehörigen auf eine Universität schicken könnten.

Den studentischen Nachwuchs bilden heute die Kinder von Großgrundbesitzern und Staatsbeamten. Es ist daher kein Wunder, daß die bereits früher antisozial eingestellte Aerztegesellschaft heute weiter als je vom Verständnis sozialer Probleme entfernt ist.

Neben der Verschärfung der ideologischen Unterschiede haben die Organisatoren der reaktionären Bewegungen großes Gewicht auf die wirtschaftliche Unterstützung ihrer Klasse gelegt. Sie konnten zu diesem Zwecke das um seine Autonomie gebrachte Institut der Krankenversicherung benützen, mit dessen gut dotierten Stellen die Helden der Gegenrevolution belohnt wurden. Die Sorge um die Unterbringung dieser „Helden", nicht aber soziale Motive zwangen die Volkswohlfahrtsregierung zur immer weiteren Verbreiterung der Krankenversicherung, die keinesfalls den tatsächlichen gesundheitlichen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechend durchgeführt wurde. Zum Beispiel sind die landwirtschaftlichen Arbeiter bis heute noch fast völlig unversorgt. Dieselbe Tendenz bedingt auch das Festhalten an dem gebundenen Aerztesystem, durch das die privilegierte Aerzteschaft der ihnen fern stehenden Arbeiterschaft oktroyiert wird.

Die soziale Einstellung dieser Aerztekaste wird durch die Tatsache beleuchtet, daß heute, wo die Krankenversicherung wegen der ungeheuer hohen Verwaltungskosten und durch den Mangel einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung in eine Krise geraten ist, die Aerzteschaft dieser Krise durch eine Herabminderung der sozialen Leistungen abhelfen will.

Heute noch, zwölf Jahre nach der Niederlage der Revolution, macht sich in den ungarischen sozialpolitischen Institutionen und der Verwaltung des öffentlichen Gesundheitswesens der mehr oder minder versteckte Geist der Gegenrevolution bemerkbar, die konsolidierte Gegenrevolution hat auch bei den Aerzten die alten liberal-bürgerlichen Elemente aufgesogen.

Unter so schweren Verhältnissen begann der Verein sozialistischer Aerzte Ungarns im Februar 1930 mit seiner Arbeit. Er hat auf der Grundlage konsequenten Klassenkampfes den Kampf gegen die reaktionäre Enteignung des Gesundheitswesens aufgenommen. Unser Verein entfaltete eine intensive Tätigkeit unter den Aerzten und der Arbeiterschaft zur Aufklärung sozialpolitischer Probleme, er organisierte die ersten Sexualberatungsstellen in Ungarn. Ihre Notwendigkeit erwies sich durch ihre große Frequenz, ihre Zahl mußte von zwei auf fünf erhöht werden.

Die wichtigste Aufgabe unserer Organisation besteht darin, vor den breiten Arbeitermassen und vor den Aerzten auf die Klassentendenz der heutigen ungarischen Gesundheitspolitik hinzuweisen und den Weg vorzubereiten für erhöhten hygienischen Arbeiterschutz, der mit der gänzlichen Sozialisierung des Gesundheitswesens identisch ist. Um unsere Arbeit zu ermöglichen, organisieren wir Arbeitersamariter-Gesundheitskomitees der Arbeiterschaft und kämpfen für die den sozialen Forderungen entsprechende Reformierung der Aerzteausbildung.

Sanierung der tschechischen Krankenversicherung

Unsere tschechische Sektion hat an die Zentral-Sozialversicherungsanstalt ein längeres Memorandum gerichtet, in dem auf das entschiedenste Stellung genommen wird gegen den geplanten Abbau der Leistungen der Krankenkassen, gegen eine Beschränkung des Personenkreises der Versicherten, gegen Einführung von Krankenschein- und Arzneigebühren nach deutschem Notverordnungsmuster. Die deutschen sozialistischen Aerzte der Tschechoslowakei legen als Verteidiger der Volksgesundheit in dieser Denkschrift die Gründe dar, die sie veranlassen, vor solchen Maßnahmen — auch im Interesse einer rationellen Krankenkassenverwaltung — mit aller Energie zu warnen: der geplante Leistungsabbau für Heilverfahren, Krankenpflege und Krankengeld würde gerade in der heutigen wirtschaftlichen Krisenzeit, die durch Dauerarbeitslosigkeit, Kurzarbeit und übertrieben rationalisierte Arbeitsweise an sich eine schwere Bedrohung der Volksgesundheit bedeutet, eine Gesundheitskatastrophe darstellen. Deshalb sei statt des Leistungsabbaus weitgehender Ausbau der Krankenversorgung und der Krankheitsverhütung durch die Krankenkassen dringend notwendig.

Das Memorandum wendet sich gegen die übliche Argumentation der unberechtigten Ausnutzung der Kassen durch Arbeitsscheue und Simulanten und der übertriebenen Verordnung von Medikamenten, Röntgenanwendung, Kurorten, Heilanstalten usw. durch die Aerzte, besonders die Fachärzte. Unsere Genossen führen sinngemäß diese Mehrinanspruchnahme der Kassen auf den durch Lohnabbau und Erwerbslosigkeit verursachten verschlechterten

Gesundheitszustand der Versicherten zurück. Sie verlangen umgekehrt eine bessere ärztliche Versorgung durch Einrichtung von Ambulatorien und Einstellung einer größeren Zahl beamteter Kassenärzte und Fachärzte. Daneben sei nur durch eine angemessene Bezahlung der ärztlichen Arbeit oberflächliche Abfertigung in der kassenärztlichen Sprechstunde zu vermeiden.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Kassen müsse die Zentralisierung der Versicherungsanstalten ihrer jetzigen Zersplitterung entgegengesetzt werden, für örtlich benachbarte kleinere Anstalten sei die Gründung von Zweckverbänden notwendig. Zur Entlastung der Krankenkassen wird die gesetzliche Einführung der Arbeitslosenversicherung und die Herabsetzung des zur Erreichung der Altersrente festgesetzten Alters von 65 auf 60 Jahre verlangt. Als weitere notwendige Maßnahme komme eine gründliche Reform des Apothekerwesens hinzu. Vermehrung der Krankenhausbetten und Erweiterung der Lungenheilstätten biete Gewähr für leichtere und schnellere Heilung der Erkrankten und gleichzeitig für Kostenersparnis der Kassen durch Vermeidung langer Behandlungszeit bei vernachlässigten oder zu spät behandelten Kranken.

Nur auf solcher Basis können die bisherigen anerkennenswerten Erfolge der Krankenkassen gewahrt bleiben, die sich in Besserung der Volksgesundheit, Abnahme der Sterblichkeit, Rückgang der gefährlichsten Volkskrankheiten gezeigt haben. Unsere deutsch-tschechischen Genossen warnen nachdrücklich vor dem deutschen Beispiel der Leistungseinschränkung, die alle Errungenschaften im Sinne einer Hebung der Volksgesundheit ernsthaft bedroht.

Betrachtungen zum 2. Internationalen Hospitalkongreß in Wien

Vom 8.—14. Juni 1931 fand in Wien der 2. Internationale Hospitalkongreß statt, an dem sich 20 Länder beteiligten. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Wiener Bürgermeisters Seitz bei der Eröffnung des Kongresses. Er wies darauf hin, daß man im Zeitalter der Technisierung und Mechanisierung, im Zeitalter der Strahlen und Wellen und des laufenden Bandes offenbar eines, und zwar das Wichtigste, in den Hintergrund habe treten lassen. Das sei der Mensch. Man dürfe nie vergessen, daß der Mensch im Mittelpunkt des Geschehens stehe, und daß es die menschliche Arbeitskraft sei, die erst andere Kräfte auslöse und nutzbar mache. Aufgabe des Krankenhauskongresses müsse es nach seiner Meinung sein, dieser Tatsache wieder die notwendige Geltung zu verschaffen und darüber zu beraten, wie die menschliche Arbeitskraft geschützt und — wo es notwendig sei — wiederhergestellt werden könne.

Neben vielen anderen verdient der Vortrag von Layton-London über „Die Wirkung der Versicherung gegen Krankheit

auf die Krankenhausverwaltung“ besonders hervorgehoben zu werden. Einmütige Zustimmung fanden die Ausführungen Laytons, daß die Krankenversicherung unter gar keinen Umständen abgebaut werden dürfte, und daß die engste Zusammenarbeit zwischen Krankenkassen und Krankenhaus die Vorbedingung für eine möglichst wirkungsvolle Behandlung der Kranken sei. In der Diskussion wurde die Ansicht von Professor Hoffmann (Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin) mit zustimmendem Beifall der gesamten Konferenz aufgenommen, der zum Ausdruck brachte, daß ein Abbau der Krankenversicherung gleichbedeutend sei mit einem Herabsinken des hohen Standes des Krankenhauswesens. Helmuth Lehmann vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen begrüßte diese Zustimmung des Kongresses und erwartete, daß aus dieser Auffassung auch bei den kommenden Verhandlungen, die sich aus der Notverordnung usw. ergeben, eine gleiche Einmütigkeit über den Wert der Krankenversicherung erzielt werde.

Der Vertreter Italiens, Professor Liepmann, legte dar, daß Italien gegenwärtig dabei sei, seine Sozialversicherung aufzubauen. Er habe im Auftrage seiner Regierung die halbe Welt bereist und die verschiedenen Systeme studiert. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß die Sozialversicherung Deutschlands als die beste anzusehen sei. Man habe sich deshalb entschlossen, die Sozialversicherung in Italien der deutschen möglichst genau nachzubilden. Selbstverständlich seien in Italien — wie in Deutschland — Widerstände von seiten der Aerzte vorhanden; die Regierungsmacht habe es aber in der Hand, die Aerzte dort von der Richtigkeit der Sozialversicherung zu überzeugen.

Während Referat und Diskussion über das Thema „Die Rolle der Krankenpflege im Krankenhaus“ ganz einseitig nur die weibliche Krankenpflege behandelte, wies der Vertreter der Reichssektion Gesundheitswesen darauf hin, daß dieser Kongreß nicht so tun dürfe, als ob es nur eine weibliche Krankenpflege gebe. Die männliche Krankenpflege dürfe nicht einfach übersehen werden. Das Hauptgewicht legte er auf die Frage des Nachwuchses. Eine höhere Schulbildung sei nicht notwendig, denn die gäbe keine Gewähr für die bei der Krankenpflege unumgänglich notwendige Herzensbildung und das soziale Verständnis. Er schlug vor, den Nachwuchs für das Pflegepersonal möglichst aus demselben Milieu zu wählen, aus dem die Kranken stammen und im übrigen dem Haus-, Küchen- und Waschküchenpersonal der Krankenhäuser die Möglichkeit des Aufstiegs in die Krankenpflege zu geben. Dies sei zweckmäßig, weil dieses Personal sich im Laufe seiner Tätigkeit in den Geist des Krankenhauses eingelebt habe und weil die Verwaltungen durch jahrlange Beobachtung feststellen können, bei welchen Personen Eignung und Fähigkeit für den Pflegeberuf vorhanden seien. Die Möglichkeit

vorwärtszukommen, steigere gleichzeitig die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsintensität dieser Beschäftigungsgruppe. Der Leiter des Wiener Gesundheitswesens, Professor Tandler, unterstrich diese Ausführungen, indem er hervorhob, daß man in Wien dem ungelernten Krankenhauspersonal die Aufstiegsmöglichkeit in die Krankenpflege schon seit längerer Zeit gewährt und damit die denkbar besten Erfahrungen gemacht habe.

Bei dem Thema „Konsultation außenstehender Aerzte", von Corwin-Neuyork behandelt, entspann sich eine Diskussion über Wert oder Unwert von Ambulatorien bzw. Beratungs- und Behandlungsstätten. Im Gegensatz zu den ausschlaggebenden ärztlichen Vereinigungen Deutschlands waren Referent und Diskussionsredner des Kongresses einer Meinung, daß die Ambulatorien die moderne Art der ärztlichen Versorgung der kranken Bevölkerung darstellen und ihnen der Weg gebahnt werden müsse.

In der Schlußansprache betonte Professor Tandler, daß man sich im Interesse eines guten Krankenhauswesens in allen Ländern der Welt in erster Linie gegen den Krieg und die Kriegshetzer zu wenden habe; verlangt werden müsse Abrüstung zugunsten der Maßnahmen, die zur Hebung der Volksgesundheit notwendig sind.

Dem ausgezeichnet verlaufenen, interessanten Kongreß soll eine besondere Nummer des „Nosokomeion", herausgegeben von Geheimrat Alter-Düsseldorf, gewidmet werden, in der auch den Kongreßteilnehmern die Möglichkeit gegeben wird, noch nachträglich ihre Meinung zu den einzelnen Behandlungspunkten zum Ausdruck zu bringen. Auch die Reichssektion Gesundheitswesen wird davon Gebrauch machen müssen. Paul Levy.

Von der Universität Berlin

Aus sozialistischen Studentenkreisen wird uns zu den jüngsten Vorgängen, gegen die der Vorstand des VSAe. in einem Schreiben an den Rektor der Berliner Universität*) protestiert hat, geschrieben:

Kurz vor Sommerschluß wurde unser erst 19-jähriger Genosse Leo Dobriner, ein eifriges und begeistertes Mitglied der Roten Studentengruppe, durch das unglaubliche Urteil des Senats der Berliner Universität in den Tod getrieben.

Die Vorgeschichte dieses traurigen Ereignisses ist ein typisches Kapitel der faschistenfreundlichen Politik des Rektors, Professor Deißmann. Er genehmigte dem Nationalsozialistischen Studentenbund eine Versammlung im Garten der Universität, obwohl bekannt war, daß die Nazis alle „nationalgesinnten" Studenten aufgefordert hatten, „mit Spazierstöcken zu erscheinen". Tatsächlich fielen sie auch mit brutaler Feigheit zu je 20 bis 40 über einzelne sozialistische und jüdisch aussehende Studenten her. Dann erst gestattete der Rektor der Polizei den

*) Bei Redaktionsschluß geht uns vom Rektor der Universität ein Antwortschreiben zu, auf das wir in der nächsten Nummer zurückkommen.

Eintritt, aber mit der Bitte, nicht vom Gummiknüppel Gebrauch zu machen.

Die Schuld der Nazis, die ähnliche Krawalle an vielen anderen Universitäten in Szene gesetzt hatten, war so offenbar, daß der Rektor eingreifen mußte. Man wollte den Nazis aber entgegenkommen und „paritätisch" vorgehen. So kam das jeder Gerechtigkeit hohnsprechende Urteil zustande. Drei Genossen wurden von der Universität verwiesen, eine Genossin mit der Androhung der Verweisung bestraft. Den Nazis zuliebe mußten Unschudige dieselbe Strafe über sich ergehen lassen wie die überführten Rohlinge. Selbst bürgerliche Zeitungen erklärten das Urteil für unhaltbar und das Verfahren, das ganz der Willkür des Rektors und des Senats unterliegt, für mittelalterlich. — Die viele Seiten lange Urteilsbegründung enthält auch nicht den Schein eines Beweises.

Die Antwort des jungen Genossen Dobriner auf dieses unerhörte Vorgehen war sicher nicht die unsrige. Wenn sie aber dazu beiträgt, den Kampfgeist der revolutionär gesinnten Studentenschaft zu stärken, so wäre schon etwas erreicht. Heute herrscht in der Universität „friedliche Ruhe". Sämtliche politischen Anschlagbretter sind verboten. Inzwischen aber treiben die Faschisten weiter ihr Unwesen mit Hilfe der „unpolitischen" Korporationen. Die Anschläge politischer Gruppen zum Volksentscheid wurden beseitigt. Nur die Korporationen durften unangetastet ihre Propaganda treiben. Der Faschismus an den Hochschulen wächst weiter. Er gedeiht am besten unter der Decke, die Rektor und Senat darüber breiten. Im kommenden Semester muß es Aufgabe aller sozialistischen Studentengruppen ohne Unterschied der Parteirichtung sein, diesen „unpolitischen" Deckmantel zu zerreißen. Sie müssen sich zum gemeinsamen Abwehrkampf zusammenfinden und die treibenden Kräfte aufzeigen, die die Hochschulen zu „Hochburgen des Faschismus" machen unter Vergewaltigung aller sozialistischen und freiheitlichen Studenten. Dem gemeinsamen Vorgehen wird es auch gelingen, das jüngste Willkürurteil, dem ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist, revidieren zu lassen.

RUNDSCHAU

Aerztetag und Giftgaskrieg.

Der Kölner Aerztetag hat bekanntlich eine „Entschließung zur Frage des passiven Luftschutzes" angenommen. Darin heißt es:

„Wenn der Krieg der Zukunft Ideen verwirklichen sollte, die nur die Vernichtung der Völker zum Ziele haben könnten und Frauen, Kinder, Greise und Gebrechliche rücksichtslos hinmorden würden, so würde er in seinen Folgen zu einer völligen Vernichtung der Zivilisation führen und chaotische Zustände in der ganzen Welt auslösen. Der Deutsche Aerztetag stellt daher die Forderung, durch internationale Vereinbarungen die Verwendung von Giftgasen und krankheitserregenden Bakterien zum Zwecke der Vernichtung eines Volkes unmöglich zu machen."

Der Entschluß wurde einstimmig gefaßt. Man weiß nicht recht, ob man sich darüber freuen soll, daß die deutsche Aerzteschaft sich endlich einmal zu einer, wenn auch sehr bescheidenen pazifistischen Geste aufrafft, oder ob man sich mehr über die Naivität wundern soll, mit der versucht wird, den Krieg zu „assanieren". Den Greisen, Kindern usw. kann es schließlich gleichgültig sein, ob sie durch Giftgas umkommen oder unter den Trümmern der durch Fliegerbomben zerstörten Städte begraben werden. Der als „heilig" oder „Stahlbad" gepriesene Krieg wird nun einmal von dem einen Volk geführt, um das andere zu vernichten. Warum sollen „Gebrechliche" geschont werden, während man die Gesunden im Stacheldraht verkommen oder im Schützengraben durch Flammenwerfer „ausräuchern" läßt? Nein! Die Aerzte, die doch bei dem Kampf um den § 218 immer wieder mit Leidenschaft betonen, wie heilig ihnen jedes, auch das kaum gezeugte Menschenleben ist, sollten, wenn sie wirklich Hüter der Volksgesundheit sein wollen, sich nicht bloß der Ungeborenen annehmen, sondern auch der Geborenen, und sollten laut und deutlich den Krieg als solchen in jeder Form ablehnen. Und gerade die Aerzte, die immer von „Höherzüchtung des Volkes" sprechen, und die Minderwertigen ausmerzen wollen, sollten sich darüber klar werden, daß auch vom Standpunkt der Auslese der Krieg zu verdammen ist, da er das Muster einer Kontraselektion darstellt.

Ein Beitrag zur „Nationalen Selbsthilfe".

Die Deutsche Röntgengesellschaft und das Deutsche Komitee der Internationalen Zahnärztlichen Vereinigung haben den „versöhnenden Geist der Wissenschaft" wieder einmal außer Kurs gesetzt. Sie haben ihre Beteiligung an den wissenschaftlichen Kongressen, die im August in Paris stattfanden, „infolge der Ereignisse der

letzten Wochen“ abgesagt. „Gott strafe Frankreich“ ist die Forderung des Tages. Die Oeffentlichkeit und ein großer Teil der Aerzteschaft werden für die nationalistische Geste der Vereinsvorstände wenig übrig haben. Im Interesse des Ansehens der Aerzte hätte es gelegen, die Politik der Verständigung der Völker zu fördern und chauvinistische Haßinstinkte zu bekämpfen.

Das Tollste leistet sich eine „deutsche“ Industriefirma, die Berliner Electricitäts-Gesellschaft Sanitas, die eine ganzseitige Erklärung in den „Aerztlichen Mitteilungen“ veröffentlicht. Die nationalistischen Phrasen verdienen, in breitester Oeffentlichkeit angeprangert zu werden:

„Die weitere inzwischen erfolgte Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Situation und die unerhört feindselige Haltung, die Frankreich Deutschland gegenüber eingenommen hat, machen es uns jetzt noch vollends unmöglich, unsere schon damals nur mit Widerwillen gegebene Zusage zur Beteiligung an der Ausstellung aufrechtzuerhalten.

In dieser Stunde nach Paris zu gehen, wo Frankreich das militärisch, politisch und wirtschaftlich wehrlose Deutschland mit Füßen tritt, halten wir als deutsche Industriefirma mit unseren Gefühlen für unvereinbar.“

Mit der stolzen Mitteilung der patriotischen Firma, daß sie bei ihren Freunden deutschnationaler Gesinnung begeisterte Zustimmung gefunden habe, wird eine bombastische Reklame für das Geschäft verbunden. Nunmehr sollen alle Neuheiten statt in Paris, in den Berliner Ausstellungsräumen vorgeführt werden.

Die Sanitas-Gesellschaft scheint in Zukunft nur auf die Kundschaft von nationalistischen Gesinnungsfreunden Wert zu legen. In jedem Fall verdient dieses Eingreifen der Firma in die Politik die Aufmerksamkeit der Aerzte, Krankenhäuser und Krankenkassen.

Interessant für alle fortschrittlichen Aerzte ist das Erscheinen dieses Inserates in dem offiziellen Organ des Hartmann-Bundes, dem aus wirtschaftlichen Gründen die große Mehrzahl der Aerzte angehören müssen. Die maßgebende Persönlichkeit des Blattes, der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Haedenkamp, kontrolliert scharf, ob durch ein ärztliches Inserat nicht vielleicht die Standesehre verletzt wird. Mit dem nationalistischen Inhalt der Sanitas-Erklärung ist er natürlich einverstanden. Die Herrschaften sind angeblich wieder an der Arbeit, Deutschland zu helfen, diskreditieren es aber gründlich im In- und Ausland. Wird die Aerzteschaft durch einen entschiedenen Protest zu erkennen geben, daß sie mit dieser Gesinnung nichts zu tun hat? Sonst ist es nicht verwunderlich, daß das Vertrauen breitester Volksschichten zu solchen Aerzten immer weiter schwindet.

Die deutschen Aerzte brauchen Kolonien!

In Nr. 20 des „Deutschen Aerzteblattes" lesen wir in einem Artikel „Die ärztliche Versorgung in den Mandatsgebieten":

„Der deutsche Arzt aber möge wissen, daß, wenn uns alle unsere unter den widerlichsten Lügen geraubten Kolonien wiedergegeben würden, mindestens 200 bis 250 deutsche Aerzte und eine Anzahl Zahnärzte und Tierärzte ein wahrhaft neues Leben beginnen könnten... Der deutsche Arzt und die Vertreter verwandter Berufe haben daher das größte eigene Interesse daran, sich in energischster Weise hinter die Bestrebungen der völlig über den Parteien stehenden Deutschen Kolonialgesellschaft zu stellen. Schon jetzt sind bei der DKG. außer den Kommunisten alle Parteien vertreten..."

Diese Art der nationalistischen Propaganda ist das einzige, was den deutschen Aerzten noch fehlt. Das „Deutsche Aerzte-Blatt" weiß im übrigen ganz genau, daß auch heute deutsche Aerzte in den ehemaligen deutschen Kolonien, jetzigen Mandatsgebieten, ohne weiteres praktizieren können. Außerdem gibt es selbst in einer Anmerkung an, daß in Ostafrika noch fünf Aerzte mehr (!) Beschäftigung finden könnten. Wo sollen nun die restlichen 195 bis 245 hin, da die anderen ehemaligen deutschen Kolonien nahezu menschenleer sind?

Bescheidene kleine Anfrage: Wer lügt da widerlich . . .

„Deutsche Aerzte, wacht auf!"

Der Nationalsozialistische Deutsche Aerztebund veröffentlicht im „Völkischen Beobachter" vom 8. August unter diesem Titel einen Fanfarenaufruf zur Beteiligung am Volksentscheid. Hier wird den deutschen Aerzten kund und zu wissen, daß an ihrer mißlichen wirtschaftlichen Lage Zinsknechtschaft und Young-Plan, Freimaurertum und Judenherrschaft allein die Schuld tragen. Nur Adolf Hitler wird die Aerzte zu nie gekannten Höhen führen! Wie es sich für echte National„sozialisten" gehört, wird nicht das kapitalistische System, sondern — die sozialistische Aerztebewegung gebrandmarkt.

Es liegt uns fern, den nationalistischen ABC-Schützenpolitikern mit Gegenargumenten zu dienen. Es muß aber ausgesprochen werden, daß wir die Kampfart der nationalsozialistischen Aerzte gegen den Hartmannbund ablehnen. Wir sozialistischen Aerzte sind entschiedene Gegner der Hartmannbundleitung. Auch wir bekämpfen die letzten Abmachungen der Spitzenverbände mit den Krankenkassen — den 20-prozentigen Honorarabzug —, weil sie über den Kopf der Gesamtmitgliedschaft getätigt, eine unerträgliche wirtschaftliche Herabdrückung der Mehrzahl der Kassenärzte und damit auch eine noch schlechtere ärztliche Versorgung der Versicherten

Werbt neue Mitglieder für den V. S. Ä.!

bedeutet. Persönliche Unterstellungen und antisemitische Anfeindungen der Naziärzte aber sind nicht wirksame Kampfmittel gegen die Nichtachtung der Mitglieder und ihre gewaltsame Verelendung durch die Hartmannbundleitung; solche Methoden müssen alle anständig Gesinnten gegen ihre Initiatoren auf den Plan rufen.

So leben die Bauarbeiter . . .

Die Hetze der Unternehmerkreise gegen die Erwerbslosenunterstützung richtet sich in erster Linie und mit besonderer Vorliebe gegen die „hochbezahlten" Saisonarbeiter, bei denen die Arbeitslosigkeit zu gewissen Zeiten des Jahres sozusagen zum Metier gehört. Zur Zerreißung des Lügengewebes, das allgemein in der Oeffentlichkeit um die hohe Bezahlung und die glänzende Lebenshaltung der Bauarbeiter gewoben worden ist, dient vorzüglich eine soeben vom Baugewerksbund herausgegebene Schrift „Lebenshaltung der Bauarbeiter" (Verlag Deutscher Baugewerksbund Berlin 1931), in dem Haushaltsstatistiken von 896 Bauarbeiterhaushaltungen verarbeitet sind. Bei diesen Haushaltsrechnungen ist allerdings zu beachten, daß es sich wesentlich um Angaben der relativ gut lebenden Familien handelt; einzelne arbeitslose Mitglieder haben die Mitarbeit mit der Begründung abgelehnt, daß „es ihnen widerstrebt, ihre menschenunwürdige Lebensführung auch noch schriftlich niederzulegen".

Trotzdem ist das Bild über die Lebenshaltung der Bauarbeiter, das sich hier ergibt, erschütternd. So sind z. B. in den 896 Haushaltungen mit 4144 Personen nur 3339 Betten vorhanden, damit entfallen auf je vier Personen drei Betten. Der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel an den Gesamtausgaben ist höher als im Durchschnitt der Haushaltungen, die vom Statistischen Reichsamt in seiner Haushaltsstatistik erfaßt sind. Das bedeutet, wie sich aus den Angaben deutlich ergibt, die stärkste Einschränkung aller Ausgaben für Gesundheits- und Körperpflege, Kleidung und Wäsche, geistige und gesellige Bedürfnisse.

Besonders stark springt der Unterschied in der Lebenshaltung zwischen den Arbeitslosen und den in Arbeit Befindlichen ins Auge. In erster Linie nimmt bei starker Arbeitslosigkeit der Verbrauch an hochwertigen Nahrungsmitteln stark ab. Vergleicht man die Angaben der Maurer-Haushaltungen, deren Vorstände nur bis zu 150 Tagen im Jahr beschäftigt sind, mit denen derer, die annähernd das ganze Jahr hindurch in Arbeit stehen, so betragen die Unterschiede je Vollperson bei Milch 24 Prozent, bei Eiern 49 Prozent, bei Fleisch 24 Prozent, bei Obst und Gemüse 46 Prozent, bei Brot hingegen nur 1,5 Prozent. Dafür steigt bei den Erwerbslosen der Verbrauch an Kartoffeln um 50 Prozent.

Ueber die gesundheitlichen Verhältnisse liegen im Rahmen

dieser Untersuchung leider keine Angaben vor. Es ist aber nicht schwer, die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Die Schrift erscheint uns geeignet, dem Gerede von den wohlsituierten Saisonarbeitern ein Ende zu machen.

Gegen die Propaganda des Braukapitals.

In den letzten Monaten hat die Brauindustrie voll banger Sorge, das Massenelend und die Erhöhung der Biersteuer könnten den Dividendensegen vermindern, eine großzügige Propaganda mittels riesiger Inserate entfaltet. Darin werden die wissenschaftlichen Ergebnisse derart „umgebogen", daß der unbefangene Leser zu der Meinung kommen muß, er könne seine Gesundheit gar nicht anders fördern, als daß er reichlich Bier trinke. Diese Irreführung hat eine Reihe der angesehensten Hygieniker, Sozialhygieniker und Psychiater auf den Plan gerufen. Sie sehen durch die bedenkenlose Reklame der Interessenten die Volksgesundheit ernstlich bedroht und protestieren gegen die Vergewaltigung ihrer Wissenschaft. Die Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

Die Brauindustrie hat es in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit und Massennot für angebracht gehalten, mit Hilfe ganzseitiger Inserate für einen vermehrten Biergenuß zu werben. Unter Berufung auf die Wissenschaft behauptet sie, daß das Bier einen außerordentlich hohen Nährwert besitze, und die Bezeichnung „flüssiges Brot" verdiene. Der Alkoholgehalt des Bieres sei für den menschlichen Körper nicht nur harmlos, sondern nützlich.

Demgegenüber erklären wir: Die Behauptungen des Braugewerbes stehen im Gegensatz zur wissenschaftlichen Erkenntnis und sind geeignet, durch die Begünstigung der heute noch herrschenden Trinkanschauungen und Trinksitten dem Volkswohl schweren Schaden zuzufügen.

Das Bier kann nicht als Volksnahrungsmittel empfohlen werden. Der in ihm enthaltene Nährwert ist unverhältnismäßig teuer, und der in ihm enthaltene Alkohol gefährdet die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Menschen. Man bezahlt gegenwärtig die Nährwerteinheit im Bier drei mal so teuer wie in der Milch, sieben mal so teuer wie im Brot und 15 mal so teuer wie in der Kartoffel. Der Minderbemittelte, der sich mit „flüssigem Brot" zu ernähren versucht, vergeudet also sein Geld. Dabei ist noch gar nicht einmal berücksichtigt, daß bei dieser Methode dem Körper weniger Mineralstoffe und weniger Vitamine zugeführt werden als bei natürlicher Kost.

Die Brauer weisen darauf hin, daß in dem Bier 3,5 bis 4 Prozent Alkohol enthalten sind, während der Kornbranntwein etwa 38 Prozent Alkohol besitzt. Aber sie unterlassen es, hinzuzufügen, daß das Bier nicht aus Schnapsgläsern getrunken wird! Mit einem Becher Bier wird dem Organismus ebensoviel Alkohol einverleibt, wie mit einem Gläschen Likör. Vielen unserer Volksgenossen schadet auch mäßiger Biergenuß, weil sie gegenüber dem Alkohol eine besondere Empfindlichkeit besitzen, sich leicht an den Alkohol gewöhnen und dann gewohnheitsmäßig auch größere Biermengen genießen.

In der Nachkriegszeit hat sich der Alkoholismus wieder ausgebreitet und über zahllose Familien Krankheit und Siechtum, wirtschaftliches und sittliches Elend gebracht. An diesem Unglück ist das Bier in erheblichem Grade mit schuld.

Das deutsche Volk hat im letzten Jahre weit über 4 Milliarden Mark für alkoholische Getränke ausgegeben. Der größte Teil dieser ungeheuren Summe ist für Bier aufgewendet worden.

Wir begreifen, daß die Vertreter der Brauindustrie bemüht sind, einen Rückgang des Bierverbrauchs und eine Schmälerung ihres Profites zu verhüten. Aber es ist nicht zu verantworten, wenn dieses Streben mit den Lehren der Wissenschaft und den Erfordernissen des Volkswohls gerechtfertigt wird.

„Im Interesse der Gerechtigkeit, der Wahrheit und des Glückes unseres Volkes“ darf nicht zum Mehrtrinken aufgefordert werden. Es muß vielmehr die Losung lauten: Nahrungsmittel und sonstige nützliche und nötige Dinge so viel wie möglich — alkoholische Getränke so wenig wie möglich!

Geh. Med.-Rat Dr. Abderhalden, Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Halle.

Geh. Obermed.-Rat Prof. Dr. Abel, Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Jena.

Geh. Rat. Prof. Dr. G. Aschaffenburg, Direktor der Psychiatrischen Klinik, Köln.

Prof. Dr. Gaupp, Direktor der Psychiatrischen Klinik Tübingen.

Prof. Dr. A. Grotjahn, Professor der Sozialen Hygiene der Universität Berlin.

Geh. Rat Prof. Dr. Kißkalt, Direktor des Hygienischen Instituts der Universität München.

Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Kruse, Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Leipzig.

Professor Dr. Kuhn, Direktor des hygienischen Instituts der Hessischen Landesuniversität Gießen.

Geh. Med.-Rat Prof. Dr. med. et phil. R. O. Neumann, Direktor des Hygienischen Staatsinstituts. Hamburg.

Prof. Dr. Ernst Rüdin, Direktor der gynäkologisch-demographischen Abteilung der deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie, München.

Prof. Dr. R. Graßberger, Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Wien.

Professor Dr. H. Reichel, Leiter der Abteilung für Sozialhygiene des Hygienischen Instituts der Universität Wien.

Aus der sozialistischen Ärztebewegung

Von der Sektion Norwegen.

Ende Juni d. J. hat sich die Norwegische Sektion unter dem Namen „Sosialistiske laegers forening“ mit 38 Mitgliedern endgültig konstituiert. Die Mitglieder setzen sich aus sozialistischen Kollegen aller Parteirichtungen zusammen, ein kleiner Teil ist parteilos. In den Vorstand wurden gewählt: Evang (Vors.), Dedichen, O. G. Hansen, Nils Johansen, Bruusgard. Die nächste Versammlung sofort nach den Ferien wird gegen die reaktionären Angriffe der „Bauern“regierung auf die Krankenkassen Stellung nehmen. Nach dem angenommenen Statut ist der Beitrag auf 10 norwegische Kronen jährlich festgesetzt. Dafür wird allen Mitgliedern zugleich der „SOZ. ARZT“ obligatorisch geliefert. Von den Mitteln des Vereins wird an die Internationale Vereinigung Sozialistischer Aerzte eine Abgabe entrichtet, deren Höhe in der Mitgliederversammlung nach Verhandlungen mit dem Internationalen Büro in Berlin festgesetzt werden wird. Ueber die Karlsbader Tagung ist in dem Organ der Arbeiterpartei „Arbeiterbladet“, sowie in anderen Blättern sehr ausführlich berichtet worden. Heftige Angriffe gegen unsere junge Organisation finden sich in der faschistischen Zeitung „Norges Fremtid“ und in einer kleinen Provinzzeitung.

Die Norwegische Sektion ist bereits mit einer ganzen Anzahl von schwedischen und dänischen Kollegen und Genossen in Verbindung getreten, so daß wohl auch dort Sektionen in Kürze sich konstituieren werden.

Die Zensur in Ungarn.

Die ungarische Uebersetzung des kleinen Lehrbüchleins für Kinder, „Bringt uns wirklich der Klapperstorch?“ von unserem Genossen Max Hodann ist in diesen Tagen von der Polizei in Budapest konfisziert worden.

Mitgliederversammlung der Groß-Berliner Ortsgruppe.

Die Sitzung vom 29. August wurde von Genossen Fabian mit einem Nachruf auf den eben verstorbenen Gründer und Veteran des VSAe., den Genossen Ignaz Zadek, eingeleitet.

„Zur Aerztekammerwahl“ referierte Genosse Ernst Haase, der die vom Vorstand ausgearbeiteten Richtlinien zur Kammerwahl erläuterte und gleichzeitig die von einigen kommunistischen Arztgenossen eingereichte Plattform bekanntgab. Seine Meinung ging dahin, daß in dieser Plattform die aktuellen Tagesfragen zu kurz gekommen, die allgemeinen politischen Einleitungsabsätze zu langatmig geraten seien. Die Grundtendenz könne akzeptiert werden, vorausgesetzt, daß die rein parteipolitische Stellungnahme gegen die Sozialdemokratische Partei zurückgezogen werde. In der Aerztekammerwahl gehe es um Fragen der Volksgesundheit und des ärztlichen Berufes; für den VSAe. gelte es, gemäß der überparteilichen Zusammensetzung seiner Mitgliedschaft den bürgerlichen Aerzten eine gemeinsame sozialistische Aerztefront entgegenzusetzen. Zur noch stärkeren Betonung unserer Ueberparteilichkeit schlägt Haase eine freigewerkschaftliche Liste vor, die auch den Vorteil stärkster Propaganda für den Eintritt der Aerzte in die freie Gewerkschaft biete, wie sie sich die Berliner Ortsgruppe schon lange zu eigen gemacht habe.

In der Diskussion verteidigte Bergmann seine Plattform, einschließlich der von Haase zurückgewiesenen Absätze, während alle anderen Diskussionsredner (Ehrenfried, Bieber, Beschloß, Fabian, Karfunkel) und in der anschließenden Abstimmung die große Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Aufstellung einer freigewerkschaftlichen Liste und die Vorstandsrichtlinien als Grundlage unserer Stellungnahme guthießen.

Ueber die Stellungnahme zur Zahnärztekammer berichtete Gen. Fabian.

Die Verschlechterungen in der Krankenversorgung und der Gesundheitsfürsorge der Stadt Berlin wurden von Genossin Flake zusammengefaßt. „Der Abbau der Kommunalen Gesundheitsfürsorge“ in der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise müsse zu einer ernsten Gesundheitskrise führen. Nur ein weitgehender Ausbau aller fürsorgerischen Maßnahmen kann die durch Massenerwerbslosigkeit, Hunger, Wohnungsnot und Alkoholismus mehr denn je unterwühlte physische und psychische Gesundheit breitester Bevölkerungsschichten auf dem bisherigen Stand erhalten. Unter der Parole „Sparmaßnahmen“ — die hier deutlich mit dem rechten Namen Vergeudung der Volksgesundheit benannt werden müsse — wird aber nicht Ausbau, sondern rigoroser Abbau durchgeführt. Drei städtische Krankenhäuser sind geschlossen, während indirekt die charitativen gestützt werden. Eine große Reihe von Beratungs- und Behandlungsstellen für Geschlechtskranke wurden aufgegeben und mit anderen zusammengelegt, was durch übermäßig weite Wege, Ausgaben für

Fahrgeld usw., den Ausfall von Behandlung vieler Geschlechtskranken befürchten lasse. Die städtische Kurverschickung für Erwachsene und Kinder ist so gut wie vollständig, die Erholungsverschickung der Schulkinder überhaupt eingestellt. Das Schulfrühstück für hungernde Kinder ist in vielen Berliner Bezirken für etliche Monate, vielleicht sogar über den Winter hin, sistiert. Am schwersten ist die Gesundheit der Schulkinder bedroht durch die untragbaren Einschränkungen auf dem Gesamtgebiete der Schule: erhöhte Klassenfrequenz, Abbau der Junglehrer, Ueberlastung der verbleibenden Lehrerschaft, Wegfall der Zuschüsse für Wanderungen, Sport, Aufenthalt in Landschulheimen. Aus Heizsparmaßnahmen wird die Schließung der Hälfte aller Berliner Volksschulen und dafür der Vor- und Nachmittagsunterricht erwogen. Der größte Teil der vorhandenen Schulbrausebäder ist geschlossen. — Auch die geplanten Naturalabgaben statt der Geldunterstützungen für Erwerbslose bedeuten für diese eine ungeheure Verschlechterung, für die notleidenden Agrarier aber kostspieligste Liebesgabe.

Das vorgebrachte Material wurde von den Anwesenden in der Diskussion noch bedeutend erweitert. Der Protest der VSAe.-Mitglieder gegen die die Volksgesundheit bedrohenden Maßnahmen war einhellig. Fl.

Neue Mitglieder des VSAe.

Im Juli/August wurden aufgenommen:

In Berlin: 7 Kolleginnen und Kollegen; in Sachsen 3; in der Prov. Brandenburg 1; in der Pfalz 1.

Beitragszahlungen.

Der VSAe. ist auf die pünktliche Zahlung der Beiträge angewiesen, wenn er seine Aufgaben erfüllen soll. Berliner Genossen und Einzelmitglieder zahlen 13 RM jährlich einschließlich Abonnement für den „SOZ. ARZT" direkt an den Kassierer Dr. F. Rosenthal, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 175 (Postscheckkonto 189). Die Kassierer der Ortsgruppen werden ebenfalls um schnelle Abrechnung gebeten.

Zuständig für alle Zahlungen für den „Soz. Arzt" (Abonnements, Pressefonds usw.) ist: Minna Flake, Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Str. 19 (Postscheck-Konto Nr. 74 915).

Pressefonds.

Zum weiteren Ausbau unserer Zeitschrift gingen als außerordent-

liche Spenden ein: Schönberger 25,—; N. H. London 21,—; Weidenbaum 14,— RM. Bereits quittiert 225,— RM. Weitere Beiträge für den Pressefonds, die wir im „SOZ. ARZT" quittieren werden, sind sehr willkommen.

5. Tagung der Reichsfachkommission der Reichssektion Gesundheitswesen.

Auf der am 3. und 4. Juli stattgefundenen Tagung in Breslau referierte Genosse Paul Levy über „Unsere Aerztebewegung". In der Diskussion sprachen unsere Kollegen Georg Loewenstein-Berlin und Korn-Breslau. Einstimmige Annahme fand folgende Entschließung:

Die Reichsfachkommission der Reichssektion Gesundheitswesen begrüßt die Erfolge, die auf dem Gebiete der Organisierung der Aerzte gemacht worden sind. Sie bringt zum Ausdruck, daß mit Rücksicht auf die verheerenden Folgen auf dem Gebiete der Volksgesundheit, hervorgerufen durch die Weltwirtschaftskrise und die dadurch bedingte überaus große Erwerbslosigkeit, ein Zusammenwirken der Aerzte mit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Das Elend der Massen hat sich als Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ungeheuerlich vermehrt. Hand in Hand damit ist ein Absinken des Gesundheitszustandes der werktätigen Massen zu verzeichnen, das an die schlimmsten Zeiten des Krieges und der Inflation erinnert. Wieder wie damals zeigt sich, daß der Stand der Gesundheit in Wechselwirkung steht mit dem Lebensstandard des Volkes. Unter diesen Umständen kann sich die Aufgabe des Arztes nicht darin erschöpfen, gesundheitliche Schäden zu heilen. Die Aufgabe des Arztes, der ein Hüter der Volksgesundheit sein soll, besteht darin, die Ursachen des niedrigen Standes der Volksgesundheit zu bekämpfen. Das aber kann nur in Gemeinsamkeit mit den freien Gewerkschaften geschehen. Deshalb muß erwartet werden, daß alle, besonders aber die auf dem Boden des Sozialismus stehenden Aerzte, sich der Aerzteschaft der Reichssektion Gesundheitswesen anschließen.

Die Reichssektion „Gesundheitswesen" des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe usw. (Bezirk Hessen, Hessen-Nassau) hielt am 15. und 16. August ihre erste Bezirkskonferenz in Heppenheim a. d. B. ab. Hauptpunkt der Tagesordnung am 15. August war das Thema: Arzt und Sozialismus.

Referent war der Vorsitzende des VSAe. Frankfurt, Genosse Dr. Th. Plaut. Seine ausführlichen Darlegungen, denen das zahlreich erschienene Auditorium seine volle Aufmerksamkeit zuwendete, gipfelten darin, daß nur eine grundlegende Aenderung der heutigen Wirtschaftsordnung in der Lage sei, die mannigfaltigen Schäden abzustellen, die als Ursache einer großen Zahl von Gesundheitsstörungen anzusehen sind. Des weiteren gab der Vortragende ein Bild davon, wie man sich die Art der ärztlichen Tätigkeit innerhalb eines sozialisierten Heilwesens zu denken habe. Eine anregende Diskussion, in der unter anderem Genosse Paul Levy (Berlin) und weitere Mitglieder des VSAe. zu Worte kamen, schloß sich an den Vortrag an.

10. Bundestag des Arbeiter-Samariter-Bundes.

Pfingsten dieses Jahres fand in Heidelberg der 10. Bundestag des Arbeiter-Samariter-Bundes statt, dem eine große, auch von Behörden und Organisationen sehr stark besuchte öffentliche Kundgebung vorausging, in der die Kollegen Robert Sachs und Dr. Meyer-Brodnitz über die Themen: „Aufgaben der Arbeiter-Samariter bei der Abwehr der Unfallgefahren“ und „Erkennung und Verhütung von Berufskrankheiten“ sprachen. Den Bericht über die Tätigkeit des ASB. gab der Bundesvorsitzende Kretschmar-Chemnitz.

Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), dessen Anfänge in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreichen, wurde im Jahre 1909 durch den Zusammenschluß der bereits bestehenden Arbeiter-Samariter-Kolonnen gebildet. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich der ASB. zu einer Organisation entwickelt, die heute in 1300 Kolonnen rund 50 000 Mitglieder zählt.

Gen. Dr. Grygiel-Chemnitz sprach über die Einrichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen beim Arbeiter-Samariter-Bund, die nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen nur auf breitester Basis unter Einbeziehung und Mithilfe der Arbeiterwohlfahrt, der Gewerkschaften, Mutterschutzorganisationen usw. erfolgen müßte. Im Vordergrund aller Fragen bei den Beratungsstellen steht immer wieder die der Empfängnisverhütung oder Schwangerschaftsunterbrechung.

Gen. Dr. Michel gab einen kurzen Bericht über die südwestdeutsche Tagung des Vereins Sozialistischer Aerzte, die sich insbesonders mit dem § 218 beschäftigte. Der Bundestag nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Der 10. Bundestag des ASB. stellt sich in die Front der Volksbewegung gegen die §§ 218 und 184. Er sieht in einer planmäßigen Geburtenregelung eine grundlegende Schutzmaßnahme gegen Abtreibungen. Der

Bundestag stellt sich auf den Boden der Mannheimer Beschlüsse des Sozialistischen Aerztebundes und erwartet im Sinne dieser Beschlüsse die Aufhebung der volkshygienisch unhaltbaren Paragraphen."

Mit diesem Bekenntnis zu dem für die Arbeiterschaft gegenwärtig so ungeheuer wichtigen Kampf fand der 10. Bundestag des Arbeiter-Samariter-Bundes seinen Ausklang.

Erfreulich ist die Feststellung des Bundesvorstandes, daß alle Mitglieder, die dem ASB. angehören, auch Mitglieder der freien Gewerkschaften sein müssen. Das trifft sowohl für die Helfer als auch für die Aerzte zu, für die ja auch eine Organisation innerhalb des Gesamt-Verbandes besteht.

An unsere Mitglieder!

Unsere Genossen im Reiche, die Sportärzte sind und eventuell sportärztliche Untersuchungen übernehmen wollen, werden um Meldungen an den Vorstand des VSAe in Berlin, z.H. des Gen. Fabian gebeten.

Ferner bitten wir unsere Kollegen in Berlin, die im Besitze eines Röntgen-Apparates sind, um Angabe ihrer Adresse.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN

Allgemeine Medizin

Dr. H. Goldmann und Dr. Levai, „Krankheit oder Simulation". Montana-Verlag A.-G., Stuttgart, 76 Seiten, Preis 3,80 Mark.

Die Abhandlung stellt in erster Linie ein Kompendium der Diagnostik innerer Krankheiten dar, das für den deutschen Arzt in vollkommnerer und zuverlässigerer Form bereits mehrfach existiert. Im übrigen ist die Schrift von einem peinlich berührenden Geist des Mißtrauens und Verdachts gegen den sich Krankmeldenden und von detektivistischen Ratschlä-

gen der Ueberführung Simulierender oder vermeintlich Simulierender erfüllt.

Das Bild, das uns von den Sozialversicherten hierdurch entworfen wird, ist ein durchaus verzerrtes, zeigt große Unkenntnis der Seele des Proletariers und verrät eine intolerante, voreingenommene Einstellung, die offenbar im Zusammenhang mit der vertrauensärztlichen Tätigkeit des Verfassers steht.

Nur ein kurzes Beispiel: Unter Neurasthenie (Nervöser Erschöpfungszustand), Hysterie heißt es hinsichtlich der Entscheidung der Arbeitsfähigkeit: „Das Simulieren dieses Leidens kommt recht oft vor, doch ist das Uebertreiben noch häufiger . . . Natürlich (!) wird von Unfallverletzten dieses Leiden recht oft simuliert oder übertrieben, um in den Besitz eines größeren Entschädigungsbetrages zu gelangen." (S. 59-60.)

Wir müssen das Erscheinen dieses Buches im Interesse der Arbeiterschaft und der Kranken bedauern.

Levy-Suhl (Bln.-Wilmdrf.).

Die zahnärztliche Klinik der Krankenkassen. Von Chefzahnarzt Dr. Max Hensel. 39 Seiten. Preis 0,50 Mark. Verlag für Sozialmedizin G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 5, Sophie-Charlotte-Straße 15.

Die Schrift des Verfassers, der eine A.-O.-K.-Klinik in Halberstadt leitet, ist zur Abwehr geschrieben. Erst vor wenigen Monaten erschien im Auftrage des Reichsverbandes der Zahnärzte eine Broschüre „Eigenbetriebe der Krankenkassen", in der die Zahnkliniken aufs heftigste angegriffen wurden. Die sozialistischen Aerzte haben immer wieder betont, daß sie in den Kliniken und Ambulatorien prinzipiell eine höhere Form der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung sehen. Im Interesse der Versicherten werden sie aber nur erfolgreich sein, wenn sie zweckmäßig organisiert sind, wenn vor allem neben den guten Einrichtungen gut ausgebildete, genügend, nicht durch Massenarbeit überlastete Aerzte tätig sind. Heute ist in der Klinik wie in der freien Praxis nicht die zweckmäßigste, sondern die billigste Behandlung maßgebend. Die landläufigen Einwände der offiziellen Standesvertretung, wie das Schreckgespenst der Sozialisierung, das angeblich mangelnde Vertrauensverhältnis usw., verdienen keine Widerlegung. Das kleinliche Schwimmen gegen den Strom, die Boykottmaßnahmen sind völlig aussichtslos. Die einzige mögliche Lösung für unsere Uebergangszeit ist die Forderung, die wir seit Jahren erheben und die sich eben in Oesterreich bei Kassen und Aerzten durchgesetzt hat: Beseitigung des Behandlungszwanges in Kliniken. Jedem Kassenmitglied soll es freigestellt werden, entweder die Klinik oder den Kassenarzt (Zahnarzt) aufzusuchen. Uebrigens deutet Hensel diese Lösung in seinem ersten Kapitel an.

E. F.

Preußische Gebührenordnung für approbierte Aerzte und Zahnärzte. Neuauflage 50 S. Preis 1 Mark. — Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg I.

Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege

„Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte bei der Gutachtertätigkeit". Priv.-Doz. Dr. Walther Riese, Frankfurt a. M., „Medizinische Welt" 9/1931.

R. gibt in dem kleinen Aufsatz dem Arzte den wichtigen Hinweis, daß er keineswegs in seiner Begutachtung, insbesondere auch der Erwerbsfähigkeit, sich nur „medizinisch" zu verhalten habe. In der bestehenden Sozialgesetzgebung werde bereits vielfach die Einbeziehung sozialer Gesichtspunkte von ihm gefordert. Sehr deutlich tritt dies bei der Beurteilung der Invalidität (§ 1255 RVO) zu Tage, wenn hier die Ausbildung des bisherigen Berufs und der Vergleich mit dem Verdienst anderer Personen mit ähnlicher Ausbildung in der-

selben Gegend für die Entscheidung mit einbezogen werden soll. Ebenso, wenn bei der Beurteilung der Kriegsdienstbeschädigung (§ 25 RVG.) für die Abschätzung der Erwerbsfähigkeit die Lebensverhältnisse, Kenntnisse und Fähigkeiten mit in Betracht gezogen werden sollen. Was hier schon vom Gesetz beansprucht wird, ist für den sozialistisch eingestellten Arzt allgemein und in viel umfassenderer Weise selbstgegebenes Gebot.

Levy-Suhl (Bln.-Wilmdrf.).

Wegweiser durch die Krankenversicherung. Neueste Auflage. 39 Seiten. Einzelpreis 0,30 RM. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Weit über die Hälfte der deutschen Bevölkerung wird von der gesetzlichen Krankenversicherung betreut. Trotzdem bestehen in weiten Kreisen noch viel Unklarheiten über die Rechte und Pflichten, die dem einzelnen Versicherten zustehen. In dem Wegweiser sind in leicht verständlicher Form und für den Laien gebrauchsfertig die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen dargestellt.

Kriegerwitwen gestalten ihr Schicksal. Lebenskämpfe deutscher Kriegerwitwen nach eigenen Darstellungen. Mit einer Einführung von Staatssekretär Dr. Geib. Zusammengestellt und herausgegeben von Helene Hurwitz-Stranz, Beisitzerin am Reichsversorgungsgericht. (Carl Heymanns Verlag, Berlin, 1931.)

In dem Augenblick, da die Notverordnungen der Reichsregierung auch vor der Kürzung der kümmerlichen Renten derer, denen der „Dank des Vaterlandes" zugesichert wurde, nicht zurückschreckt, ist die Herausgabe dieser kleinen Schrift besonders zu begrüßen. Ihr Verdienst besteht darin, daß sie nicht Zahlen und Statistiken zusammenträgt, hinter denen doch nur die Wenigsten das wirkliche Leben zu erblicken vermögen, sondern die Opfer selbst zu Wort kommen läßt. Frauen aller Stände, ehemals wohlhabende Bürgerfrauen und Arbeiterinnen, Offiziersfrauen und Witwen von Kriegsfreiwilligen schildern ihre Erlebnisse. Sehr verschieden in Ausdrucksform und Sprache — wortkarg meist die Berichte der Proletarierinnen, ausführlicher die der anderen — und doch einig in der Not, die hier einmal wirklich alle Stände getroffen hat. Abgesehen von den gleichen seelischen Erschütterungen wirkte sich auch die materielle Not in der Nachkriegszeit als Folge der Inflation annähernd gleich aus. Ueberall daher die gleiche Klage über den Zwang zur außerhäuslichen Erwerbsarbeit, der den Kindern nun außer dem Vater auch noch die Mutter nimmt. Besonders die Schicksale der Kinder sind ergreifend geschildert. Nach mühevollen und entbehrungsreichen Jahren, die nur der Sorge gewidmet waren, sie einen Beruf erlernen zu lassen, stehen sie heute nach der Beendigung der Lehrzeit meist der Erwerbslosigkeit gegenüber. Diese Klage durchzieht nahezu alle Berichte, und daran anknüpfend immer wieder die gleiche Frage: warum sorgt der Staat nicht wenigstens für die Kriegerwaisen?

Bedenkt man die Tatsache, daß noch heute rund 380 000 Kriegerwitwen, von ihnen 150 000 durch Krankheit und Alter erwerbsunfähig, und 600 000 Kriegerwaisen, von denen 50 000 durch den Krieg nicht nur den Vater, sondern auch die Mutter verloren, unter uns leben, so ergibt sich ein wahrhaft erschütterndes Bild sozialer Not; daß dieses Buch es uns deutlich ins Gedächtnis ruft, ist gerade im Zeitalter der Notverordnungen eine zeitgemäße Tat. D. F.

Dr. Ernst Haase: Die Bedeutung von Beruf und sozialer Lage für die Entstehung von Giftsüchten. „Die Frau im Staat", Monatsschrift, Frankfurt a. M., Heft 8/9. 1931.

Sexualfrage

Forel-Fetscher: Die sexuelle Frage. 592 Seiten mit 41 Textabbildungen. Verlag Ernst

Reinhardt, München. Große Ausgabe in Leinen 15 Mark.

Das berühmte Werk von August Forel, dem in diesen Tagen in der ganzen Welt so ehrende Nachrufe gewidmet wurden, ist kürzlich in umgearbeiteter 16. Auflage erschienen. In dem Band, der bisher schon eine Auflage von über 200 000 Exemplaren hatte, ist ein ungeheures Material zusammengetragen worden. Es konnte in diesem Maße nur von einer so großen, vielseitigen Persönlichkeit wie Forel bewältigt werden. Keimgeschichte, Ethnologie, Urgeschichte des menschlichen Sexuallebens, sexuelle Pathologie und Hygiene, die sexuelle Frage in ihren Beziehungen zu Politik, Pädagogik und Kunst, all das bildet den Inhalt des Buches. Es bleibt, wie bei dem ersten Erscheinen vor einem Vierteljahrhundert, unentbehrlich für jeden, der ernsthaft die sexuelle Frage studieren will. F.

§ 218. Eine sachliche Aussprache. Herausgegeben von Prof. J. W. Hauer. Verlag C. L. Hirschfeld. Leipzig 1931. 214 Seiten. 3,60 RM.

In den einleitenden Gedankengängen, mit denen der Herausgeber seine Planlegung einer Aussprache zum § 218 näher zu begründen sucht, gelangt er, wenn auch zum Teil aus anderen Gründen als den gemeiniglichen, zu einer Reformierung der bestehenden Gesetzgebung an Haupt und Gliedern. Ich greife aus den sehr hochstehenden und doch der Lebenswirklichkeit nahekommenden Auffassungen den Leitsatz heraus: „Das staatliche Gesetz muß dem höchsten sittlichen Verantwortungsbewußtsein für das Volk entspringen", ein rechtsphilosophischer Begriff, dessen Umsetzung in das Gesellschaftsleben die Frage stellen läßt: „Was fordert die höchste sittliche Verantwortung von uns in der Situation, in der wir uns heute befinden?" und deren Antwort im Sinne des Herausgebers eine Ablehnung der zeitlichen Strafbestimmungen ist. Diese verständnisvolle Betrachtung des vorliegenden Problems lassen aber eine Reihe der Mitarbeiter, deren Zahl insgesamt nahezu dreißig beträgt, vermissen, man stößt auf moralisierende Bußpredigten und matronenhafte Wiegenlieder, die lebensunwahr und dem Vorsatz des Herausgebers einer verantwortungsbewußten freien Aussprache des Themas abträglich sind. Es kommen Aerzte und Aerztinnen, Fürsorgerinnen — ihre Zahl in dem Konglomerat der Mitarbeiter ist gerade dieser Frage gegenüber zu eng bemessen worden —, Theologen und Ethiker, Juristen und Laien zu Wort; die große Zahl wirkt verwirrend schon um deswillen, als, wie bereits erwähnt, die Beiträge nicht gleichwertig sind und mancher im Interesse der Wertung des Ganzen besser fortgeblieben wäre. Was Theodor Haug in seinem Aufsatz „Bedeutet der § 218 eine Schädigung des wahren Volkswohls?" sagt, gehört auch, wenn er resumierend sich für die Beibehaltung ausspricht, zu den besten, die das Buch bringt, sowohl in der Formulierung der Einwände gegen den § 218 wie in der Begründung seiner eigenen gegenteiligen Auffassungen. Für den, der sich auf Grund selbständigen Nachdenkens Urteil und Schlußfolgerungen in seiner persönlichen Stellungnahme gebildet hat, ist die Lektüre anregend, ob sie aber eine Wegweisung bedeutet, wie der Herausgeber es sich vorgestellt hat, möchte ich sehr bezweifeln. Julian Marcuse.

Dr. Béla Totis: Sexualprobleme der Jugend.

Das 130 Seiten starke ungarisch geschriebene Büchlein ist im Verlag der Ungarischen Sozialistischen Aerzteorganisation erschienen.

Es wendet sich in einer leicht verständlichen, dennoch jede Demagogie vermeidende Sprache an die Jugend, um ihr Rat zu geben in ihrem Suchen nach einem gesunden, d. h. richtigen Sexualleben. Es appelliert dabei nur als sekundären Faktor an die Wissenschaft, in erster Reihe soll der natür-

liche, von Aengsten, Vorurteilen und Verleumdungen befreite Trieb selbst die Jugend leiten. Dieser zu seinem natürlichen Recht kommende Trieb wird dann auch eine eigene Verantwortlichkeit des Gewissens schaffen, die der beste Regulator einer künftigen Sexualmoral ist. Stellenweise rollt der Autor dabei idealistisch klingende Perspektiven auf, wie etwa in der These: „das Beispiel dieser Jugend wird einen neuen Glauben und eine neue Gesellschaft entstehen lassen"; doch ist das im Rahmen des Buches, das sich im ganzen mit Erfolg bemüht, die historisch-materialistische Betrachtungsweise anzuwenden, wohl als Kampfparole zu verstehen. Der Autor begnügt sich nicht mit oberflächlicher Betonung der Begriffe vom „Recht auf Liebe", von der „Gleichberechtigung der Geschlechter" und ähnlichem mehr, sondern bemüht sich, mit dem Rüstzeug der Soziologie, der Biologie und der Psychologie die richtige Deutung dieser Begriffe zu geben und der Liebe im Rahmen des menschlichen Glückstrebens den ihr gebührenden Platz einzuräumen. Das von großem Ernst und gleichzeitig fröhlicher Lebensbejahung getragene Büchlein ist eine Bereicherung der einschlägigen Literatur.

B. L.

Alice Goldmann-Vollnhals: Sollen Entbindungsanstalten Geburtenregelung treiben? Sonderabdruck „Die Medizinische Welt" 1931. Nr. 21. Berlin W 35.

Verschiedenes

Lissagaray: Der Pariser Kommuneaufstand. Soziologische Verlagsanstalt, Berlin 1931.

Pariser Kommune 1871. (Berichte und Dokumente von Zeitgenossen.) Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1931.

Die bisher in deutscher Sprache sehr unzureichende Literatur über die zweimonatige Herrschaft des Pariser Proletariats ist jetzt durch zwei wichtige Werke bereichert worden, die wir besonders begrüßen, weil die europäische Arbeiterklasse noch längst nicht genug aus den Erfahrungen der Pariser Kommune gelernt hat. Das eine dieser Bücher ist uns nicht ganz unbekannt: es ist die in der Vorkriegszeit in der Internationalen Bibliothek herausgekommene Darstellung von Lissagaray, der selbst ein Mitkämpfer der Kommune war. Die neue Ausgabe hat eine Reihe wichtiger Vorzüge: eine ausgezeichnete Einleitung von K. H. Wolf gibt sehr konzentriert die entscheidenden kritischen Gesichtspunkte — die neue, nach der letzten französischen Ausgabe von 1929 vorgenommene Uebersetzung ist der früheren vorzuziehen — der Anhang bringt einige interessante Briefe von Karl und Jenny Marx über die Kommune — und schließlich ist der Preis von 2,85 RM für die sehr anständige Ausgabe (431 Seiten) erfreulich billig.

Als Ergänzung zu Lissagaray kann das mit vielen Illustrationen und Karten geschmückte Quellenwerk des Neuen Deutschen Verlages dienen. Hier ist eine eigenartige, sehr interessante Form der Darstellung gewählt worden. In zusammenhängender Schilderung wurde ein ungeheueres Quellenmaterial verarbeitet; in diesem Falle ist diese Form der direkten Zitierung der Quellen besonders zu begrüßen, weil ja den meisten Lesern diese hauptsächlich französische Literatur über die Kommune sonst unzugänglich ist. Von besonderem Interesse sind die Parallelen zur russischen Revolution von 1917 und zum deutschen Umsturz, die sich immer wieder aufdrängen. Beide Bücher werden künftig für das Studium der Pariser Kommune, ja überhaupt der Revolutionsgeschichte unentbehrlich sein.

W. F.

Anna Siemsen: „Parteidisziplin und sozialistische Ueberzeugung." Umfang 32 Seiten, Preis 0,40 RM. Schriftenfolge: „Sozialistische Zeitfragen." E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30.

Paul Cohn: Um Nietzsches Untergang. Beiträge zum Verständnis des Genies. Morris-Verlag, Hannover. In Ganzleinen 4,75 Mark.

José Francisco Pastor: Weltanschauung und geistiges Leben in Spanien. Autorisierte Uebersetzung aus dem Spanischen von Gerda Henning. Neuer Breslauer Verlag. Broschiert 1,50 RM.

Gg. Engelbert Graf: „Die Industrialisierung der Sowjetunion." Preis 0,40 RM. Schriftenfolge: „Sozialistische Zeitfragen." E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30.

„Wir müssen uns bemühen, das russische Problem sachlich zu behandeln," mahnte Engelbert Graf auf dem Parteitag zu Leipzig. Wir müssen gerade in der gegenwärtigen Krisis lernen, ein Riesenreich unverzerrt zu sehen, das im Begriff ist, Jahrzehnte wirtschaftlicher, technischer, sozialer Entwicklung in wenigen Jahren nachzuholen. Man kann den Weg zum Sozialismus, den die Bolschewiki eingeschlagen haben, für falsch und ungangbar für die ganze europäische Welt halten und wird dennoch für die Sozialisierungsaufgaben der nächsten Zukunft aus ihren Erfolgen und Mißerfolgen vieles lernen können.

Aus diesem Geiste des gegenseitigen Verstehens heraus ist die Broschüre Grafs geschrieben. Auf zwei Bogen kann keine umfassende und eingehende Darstellung der gesamten Industrialisierung der Sowjetunion gegeben werden. Aber die wichtigsten Fragen: Was ist notwendig für Sowjetrußland? Was ist möglich? Was ist erreicht worden? Wie wirkt sich die russische Entwicklung in der Weltwirtschaft aus? — diese Fragen werden knapp und sachlich zu beantworten versucht.

Alfred Kurella: Mussolini ohne Maske. 277 S. Neuer Deutscher Verlag, Berlin, 1931. Kartoniert 3,50, in Ganzleinen 5 RM.

Der Untertitel dieses Buches — „Der erste rote Reporter bereist Italien" — sagt deutlicher, um was es hier geht: nicht um Mussolini, sondern um die faschistische Wirklichkeit von 1931, die Kurella auf einer klug durchgeführten Reise studiert und mit seinen früheren Eindrücken aus dem Italien der Vorkriegszeit und dem der ersten Nachkriegsjahre verglichen hat. Wir erhalten auf diese Weise ein Bild vom Leben der Halbpächter, Bauern und Arbeiter, wie wir es bisher nicht besaßen — aber auch eine sehr anschauliche Vorstellung vom Wirken der faschistischen „Gewerkschaften", von der faschistischen Kolonialpolitik, vom Kampf zwischen Kirche und Faschismus und von den Prinzipien der faschistischen Wirtschaftspolitik. In dieser sehr lebendigen und überzeugenden, durch interessante Zitate aus der faschistischen Presse und eingestreute Statistiken ergänzten Schilderung liegt der Wert dieses, mit zahlreichen Photos geschmückten Buches, das eine wichtige Bereicherung der bisher zu diesem Thema vorliegenden Literatur darstellt.

W. F.

Einzelpreis 0.50 RM. Abonnement jährlich 4,50 vom Verlag (Dr. M. Flake), Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Straße 19 (Postscheckkonto: Berlin Nr. 74915). Mitglieder erhalten die Zeitschrift unentgeltlich. Für die Schriftleitung bestimmte Zuschriften sowie Rezensionsexemplare sind zu richten an Dr. Ewald Fabian, Berlin W 15, Uhlandstr. 52 Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ewald Fabian. Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 29; Tel.: F 1 Moritzplatz 5471. Für Inserate: M. Wittenberg, W 15, Lietzenburger Straße 4; Tel.: J 1 Bismarck 5173. Postscheck-Konten: Berlin 40 054; Prag 501 347.